

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@tricom.ch Internet www.tricom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

FRANZ GEORG MEIER
Dir. Schweiz, Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt

Strategien für die Sozialwerke

Drei-Säulen-System soll
wieder auf soliderer Basis
stehen können. **4**

DV Bern

Fulvio Pelli ist
neuer Präsident. **6/7**

Nationalbankgold

Regierungsrat Christian
Wanner über den
freisinnigen Weg. **8**

Toleranz als Lösung?

Katja Gentinetta
vertraut auf liberale
Rezepte. **10**

DV Mendrisio

Das komplette
Programm. **13**

Bilaterale II

Ein nüchternes, rationales Ja

Nur 23,2 Prozent aller Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz haben vor vier Jahren – am 4. März 2001 – der Volksinitiative «Ja zu Europa» zugestimmt. In sämtlichen Kantonen unseres Landes wurde dieses Volksbegehren, das einen raschen Beitritt zur Europäischen Union forderte, klar abgelehnt. Die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU wurde damit als Auftrag und Verpflichtung bekräftigt.

Von Pierre Triponez,
Nationalrat und Direktor
des Schweizerischen
Gewerbeverbandes, Bern

Deutschschweizer, Romands und Tessiner bestätigten in der Abstimmung zu «Ja zu Europa» in eindrücklicher Gemeinsamkeit, dass sie den bilateralen Weg, welchen das Schweizervolk mit der Zustimmung zu den sieben sektoriellen Abkommen (Bilaterale I) bereits zwei Jahre zuvor gutgeheissen hatte, weiterhin beschreiten wollen.

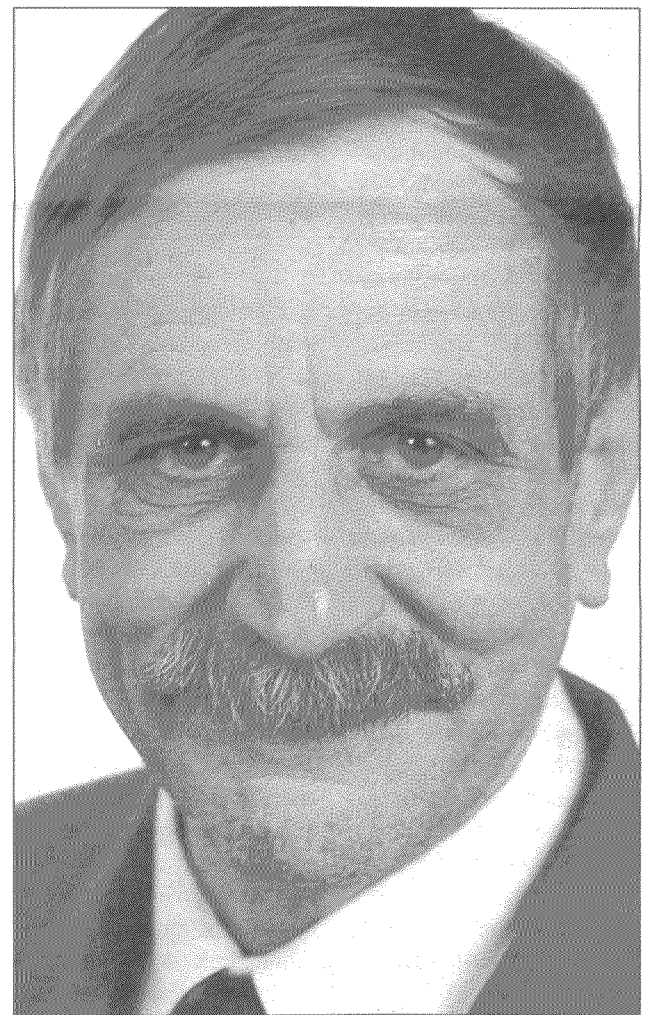
Auf dieser gefestigten Basis führte die Schweiz in den Folgejahren ihre Verhandlungen mit der EU in verschiedenen Dossiers, die von den bilateralen Verträgen I noch ausgeklammert waren, weiter. Seitens der EU standen insbesondere Forderungen zur Betrugsbekämpfung und

zur Zinsbesteuerung im Vordergrund; die Schweiz ihrerseits suchte die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und des Asylwesens (Schengen/Dublin).

Insgesamt besteht das schliesslich ausgehandelte Vertragspaket der Bilateralen II aus einer ganzen Palette von mehr oder weniger miteinander verknüpften Teilabkommen (z. B. über die Zinsbesteuerung, den Handel mit verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten oder die Statistik), die – abgesehen von Schengen/Dublin – in der Schweiz kaum umstritten sind.

Das Abkommen von Schengen

Das im luxemburgischen Dorf Schengen ausgearbeitete Abkommen zur Erhöhung der Freizügigkeit hat zum Ziel, die systematischen Personenkontrol-



Pierre Triponez

len zwischen den Vertragsstaaten abzuschaffen und im Gegenzug die Kontrollen an den Aussengrenzen der beteiligten Vertragsstaaten zu verstärken. In-

nerhalb des «Schengeneraums» soll die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit intensiviert

Fortsetzung auf Seite 2

Stärkung der liberalen Kräfte für die Zukunft der Schweiz

Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) wird gegründet

Die FDP Schweiz und die Liberale Partei der Schweiz (LPS) werden an einer gemeinsamen Delegiertenversammlung am 25. Juni 2005 in Neuenburg die Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) gründen. Die UFL vereint die liberalen, fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz unter einem Dach, um gegenüber linken und rechten Konservativen mehr Schlagkraft zu gewinnen.

Die politische Situation zeigt immer deutlicher, dass es in der Schweiz eine starke liberale Kraft braucht, die eine moderne bürgerliche Politik betreibt und damit eine Alternative zur konservativen Politik der Linken und Rechtsausseren bietet. Es ist die Ver-

zagtheit der Politik dieser Parteien, welche die drängenden Probleme vor sich hin geschoben hat und nicht bereit ist, den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein in Bezug auf die Probleme und mögliche Lösungen einzuschenken. Die UFL bietet hier eine Al-

ternative. Ohne Scheuklappen und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sollen die notwendigen Reformen in diesem Land angegangen werden, damit auch künftige Generationen in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können, wie dies den liberalen Idealen der Gründerväter der modernen Schweiz entspricht. Wie erfolgreich diese Zusammenarbeit sein kann, zeigt das Beispiel Tessin und vieler weiterer Kantone. 1946 schlossen sich im Tessin die beiden liberalen Grup-

perungen zusammen. Nur zwei Jahre später folgte der grosse Wahlsieg. Nach wie vor ist der PLR, der *partito liberale radicale*, im Tessin die stärkste Partei.

Seit Beginn der Legislatur bilden FDP und LPS in der Bundesversammlung eine gemeinsame Fraktion. Die Gründung der UFL ist deshalb ein logischer Folgeschritt. Die LPS wird die Gründung der UFL an ihrer Delegiertenversammlung vom 9. April beraten, die FDP wird diese Diskussion anlässlich ihrer Delegier-

tenversammlung am 16. April in Mendrisio führen. Am 25. Juni findet in Neuenburg der Gründungskongress der UFL statt. Die Delegierten der FDP Schweiz und der Liberalen Partei Schweiz werden dabei gemeinsam die Statuten der Union verabschieden und erste inhaltliche Schwerpunkte setzen. FDP und LPS werden damit Mitglieder einer « *Holding* ». Künftig können sich weitere Kräfte der Union anschliessen. ■

Fortsetzung von Seite 1

werden. Der Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus wird mittels einer gemeinsamen Fahndungsdatenbank (SIS) unterstützt. Daneben enthält das Schengen-Abkommen noch weitere Regelungen im Bereich der Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung.

Interessant dürfte übrigens der Hinweis sein, dass auch Norwegen als Nicht-EU-Mitglied dem Schengen-Abkommen beigetreten ist, während andererseits die Inselstaaten Grossbritannien und Irland – obwohl EU-Mitglieder – beim Schengen-Abkommen nicht dabei sind. Und zu beachten ist schliesslich, dass das Schengen-Abkommen je-

derzeit gekündigt werden kann.

Das Übereinkommen von Dublin

Am Abkommen von Dublin sind sämtliche EU-Staaten sowie Norwegen und Island beteiligt. Dieses Übereinkommen dient der Koordination der Asylpolitik und soll insbesondere den Asylmissbrauch verhindern. Kernstück bildet der Grundsatz, wonach Asylsuchende nur Anrecht auf ein einziges Asylgesuch im gesamten Gebiet der Vertragsstaaten einreichen können. Damit wird die Zuständigkeit für die Behandlung von Asylgesuchen zwischen den einzelnen Staaten geregelt. Gleichzeitig wird der sog. *Asyltourismus* (Mehrfachanträge von Asylanten in verschiede-

nen Staaten) verhindert. Dank der zentralen Datenbank EURODAC kann jederzeit überprüft werden, ob jemand bereits anderswo ein Gesuch gestellt hat.

Derjenige Staat, in welchem das Erstasylgesuch gestellt wird oder in welchem bereits Familienangehörige des Gesuchstellers leben, muss ein ordentliches Asylverfahren durchführen. Bei einem positiven Entscheid ist dieser Erstasylstaat verpflichtet, den Aufenthalt zu regeln; bei einem negativen Entscheid muss derselbe Staat die Rückführung organisieren.

Bilaterale II bringen Vorteile

Eine nüchterne Gesamtbeurteilung der Bilateralen II führt zu einem vorsichtig

positiven Ergebnis. Im wesentlichsten geht es um eine sektorielle Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Rechtshilfe und Asylpolitik. Es geht um begrenzte Zusammenarbeitsprojekte. Von daher gesehen ist es verfehlt, wenn Euro-Turbos in Euphorie ausbrechen und die Bilateralen II als Aufbruch zum Beitritt der Schweiz zur EU anpreisen. Ebenso verfehlt ist die Warnung verbissener Euro-Skeptiker vor einem massiven Souveränitätsverlust unseres Landes.

Zwar trifft es zu, dass Konzessionen gemacht werden mussten. So ist es beispielsweise unerfreulich, dass künftig in der Schweiz eine Meldepflicht für den Erwerb von Waffen vorgeschrieben wird. Nicht völlig

unberechtigt sind meines Erachtens auch gewisse Vorbehalte bezüglich künftiger Rechtsakte (wobei eine sog. «*Opting-out-Klausel*» der Schweiz immerhin die Möglichkeit gibt, eine künftige Regelung nicht zu übernehmen).

Die Bilateralen II bringen unserem Land aber doch handfeste Vorteile (z.B. Zollerleichterungen, verbesserten Handelsaustausch, Visaanerkennung für den Tourismus) und führen insgesamt zu einer besseren Zusammenarbeit speziell in den Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung und des Asylmissbrauchs. Dem sollte sich die Schweiz nicht verschliessen. ■

Kein Mut für Reformen bei Verbandsbeschwerde

Beurteilung der PI Hofmann aus Sicht des Initiativkomitees

Der Vorentwurf der zuständigen Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend «Präzisierung des Verbandsbeschwerderechts» ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Die Initianten der FDP-Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz» fordern jedoch eine grundlegende Diskussion, die der Entwurf nicht erfüllt. Sie halten an ihrem Reformkurs und damit an ihrer Initiative fest.

Von Carmen Walker Späh,
Kantonsrätin, Zürich

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen im geltenden Verbandsbeschwerderecht einen gefährlichen Wachstumshemmer. Auch Ständerat Hans Hofmann verlangte mit einer parlamentarischen Initiative die Verhinderung von Missbräuchen durch eine «Präzisierung» der geltenden Vorschriften. Die Stellungnahme der zuständigen Kommission liegt nun als Entwurf vor. Das Ergebnis ist leider ernüchternd: Anstatt die Verantwortung für dieses Politikum klar den demokratisch gewählten Behörden zu übertragen, delegiert der Ständerat weitgehend die Führung (ausgerechnet!) zurück an die Verbände. Die Investoren werden sogar ermuntert, weiterhin mit den Verbänden zu «verhandeln» und dabei implizit deren Expertisenkosten zu übernehmen. Das ist gerade bei komplexen Vorhaben für den Bauherrn unhaltbar.

Ausgangslage

Von den einstigen Anwälten der Natur, Umwelt und der Landschaft haben sich die Verbände zu einer permanenten, wachstumshemmenden Konfliktquelle für Investitionen in der Schweiz entwickelt. Sie sind heute professionalisierte, demokratisch aber nicht gleichermassen legitimierte zweite «Bewilligungsinstanzen» (parastaatliche Organisationen) in unserem Land. Dieses letztlich duale Bewilligungsverfahren wurde in den vergangenen Jahren durch die Zulassung von Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Verbänden und Investoren systematisch verstärkt. Die dadurch entstandene vorseilende Wirkung sowohl gegenüber Investoren wie gegenüber den Behörden ist rechtsstaatlich problematisch. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gerade wegen der vorseilenden Wirkung viele Projekte gar nicht von einem Gericht beurteilt werden, sei es, dass der Bauherr auf die Projektrealisierung



Carmen Walker Späh

verzichtet, sei es, dass er gegenüber den Verbänden freiwillig Verpflichtungen eingeht, ohne dass eine gesetzliche Grundlage besteht. Leider zementiert der nun vorliegende Entwurf diesen eingeschlagenen Weg, anstatt das Verbandsbeschwerderecht einer grundlegenden Reform zu unterziehen.

Verhandlungsweg fördert die Rechtsunsicherheit

Wohl haben die Verbände juristisch nicht das letzte Wort, aber dank langwieriger Planungs- und Baubewilligungsverfahren und einer unsicheren Rechtslage sind sie gegenüber den Investoren von Anfang an in der stärkeren Position. Die immensen Kosten einer Bauverzögerung gehen al-

lein zu Lasten der Wirtschaft, sodass sich mancher Bauherr zu Konzessionen gezwungen sieht, die unter Umständen gar nicht berechtigt sind. Damit entsteht ein eigentlicher Systembruch: De iure entscheiden die Gerichte, de facto entscheiden die Verbände.

Rechtsstaatlich bedenklich ist deshalb, dass der Ständerat «desto eher den Verhandlungsweg (mit den Verbänden) empfiehlt, je komplexer ein umstrittenes Vorhaben ist». Gerade bei strittigen Fragen ist es Sache der Behörden, zu entscheiden – diese Führungsverantwortung kann nicht an die Verbände und die privaten Investoren delegiert werden. In einem Rechtsstaat hat jeder Gesuchsteller Anspruch auf

eine korrekte Prüfung seines Gesuches.

Schluss mit der «Pflasterli-Politik»

Angesichts der anhaltenden Wachstumsschwäche in unserem Land ist es klar, dass die ständerätlichen Vorschläge noch lange nicht zum Ziel führen, wenn auch die ersten bescheidenen Schritte zu begrüssen sind. Die begonnene Arbeit ist nun dringend zu Gunsten einer sorgfältigen Austarierung aller Interessen fortzusetzen, das heisst hin zu einem Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung, die neben der Umwelt auch die Interessen der Wirtschaft (Wohstand und Wachstum) und der Gesellschaft (Solidarität) berücksichtigt. Denn eine gute Raumentwicklung hat allen drei Zieldimensionen zu genügen. Es ist endlich anzuerkennen, dass die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung den reinen Umweltschutz überholt hat. Aus dieser Sicht ist auch das Verbandsbeschwerderecht, das in hohem Masse einseitig auf eine einzige Zieldimension fokussiert, in seiner heutigen Ausgestaltung überholt. Wünschbar wäre deshalb auch, dass die Auswertung der eingegangenen Vernehmlassung durch eine unabhängige Stelle und nicht durch das BUWAL vorgenommen wird. ■

Strategien für die Sozialwerke

Drei-Säulen-System soll wieder auf soliderer Basis stehen können

An der kürzlich durchgeführten Fachtagung der Liberalen Aktion sprachen der St. Galler Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger und Wirtschaftsjournalist Beat Kappeler zum Thema «Wo steht der Staat im Dickicht der Sozialversicherungen?». Für die beiden Referenten steht er eindeutig an zu prominenter Stelle. Sie plädierten denn auch mit deutlichen Worten für mehr Wettbewerb, weniger Regulierung und eine Anpassung des Drei-Säulen-Systems an die in der Realität herrschenden Verhältnisse.

Das Drei-Säulen-Modell der schweizerischen Sozialversicherungen ist beispielhaft. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist das Verhältnis der drei Säulen untereinander am ausgeglichens-ten. Doch die Finanzierung der Modellumsetzung, namentlich der 1. Säule (AHV), ist akut gefährdet. Werden die Umsetzungsparameter nicht geändert, kollabiert das System in absehbarer Zeit. Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger und Beat Kappeler, Ehrendoktor der Universität Basel, scheuten sich an der Podiumsdiskussion in Zug nicht, heilige Kühe gleich reihenweise zu schlachten. Es gehe nun nicht mehr darum, so Jaeger, soziale oder liberale Lösungen zu suchen, sondern unverzüglich zu retten, was noch zu retten sei.

AHV funktionierte in Zeiten von Wirtschaftswachstum und Babyboom

Die Überalterung der Schweiz ist laut Kappeler kein neues Phänomen, sondern sei schon an der Landi 1939 ein Thema gewesen. Die Abnahme des Bevölkerungswachstums wurde seither nur einmal in den 1950ern und 1960ern, - den sogenannten Baby-Boom-Jahren, unterbrochen. Die heutige AHV wurde auf Grund dieser Ausnahmesituation berechnet.

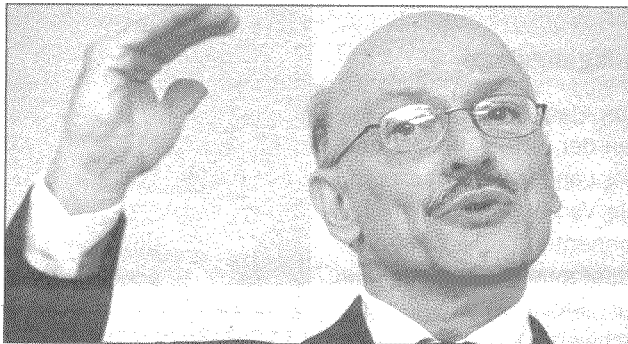
Dass diese Rechnung nicht mehr aufgeht, weiss die Schweiz spätestens seit dem «Pillenknick» in den 1970ern. Seit mindestens fünf Jahren ist auch das Wirtschaftswachstum für die Finanzierung der AHV ungenügend. Trotzdem wird an den auf Wachstum ausgerichteten AHV-Parametern festgehalten, und diese werden erst noch mit Überregulierung flankiert. Wer hierzulande warnt oder über Lösungen nachdenkt, sei schnell als Sozialabbauer verschrien, und die Begriffe «sozial» und «Solidarität» würden in der Politik häufig missbraucht, meinte Kappeler.

2. Säule – Freier Wettbewerb und mehr Transparenz unter den Pensionskassen

Im Gegenzug dafür, dass die AHV zukünftig nur noch eine Versicherung gegen Altersarmut sein kann, soll die zweite Säule gestärkt werden. Beat Kappeler und



Franz Jaeger



Beat Kappeler

Fotos: Zuger Presse

Franz Jaeger waren sich einig, dass idealerweise die staatliche Regulierung auf ein Mindestmass reduziert wird. Statt Mindestzinsätze und vorgeschriebene Umwandlungssätze soll die freie Pensionskassen-Wahl Wettbewerb bringen und die Kassen zu wirtschaftlicherem Denken zwingen. Jaeger störte dabei am meisten, dass die staatlich regulierten Zinsätze die Kassen dazu nötigen, höhere Zahlungen zu versprechen, als sie überhaupt finanzieren könnten. Kappeler betonte ebenfalls, auch die Sozialversicherungen müssten rein rechnerisch betrachtet werden. Niemand könne mehr auszahlen, als einbezahlt werde. Als minimal-

te Korrektur fordert er die Senkung der Mindestzinsätze auf realistische Prozentsätze. Ausserdem soll der Umwandlungssatz auf ein finanzierbares Mass reduziert werden. Weitere finanzielle Verbesserungen versprach er sich durch vereinheitlichte Pensionskassenbeiträge statt der heute geltenden Abstufung nach Alter.

Nur die 3. Säule kann nicht bruchlanden

Sind die Parameter der ersten und zweiten Säule realistisch angepasst und deren Verhältnis zueinander vernünftig ausgeglichen, so bilden diese laut den Referenten nicht nur ein theoretisches, sondern auch praktisch hervorragend umsetzbares Modell. Als

ausserordentlich wichtig erachtete Jaeger die dritte Säule, da sie am reinsten dem buchhalterischen Prinzip der ausgewogenen Einnahmen und Ausgaben folge. Damit könne sie als einzige der drei Säulen nicht zusammenfallen.

Die Politik – von der Verhinderin zur Umsetzerin

In den Sozialversicherungen soll der Staat ein solider Gewährleister sein und nicht als Dienstleister blenden. Die Dienstleistungsfunktion kann er in der Realität nicht wahrnehmen. Die unschöne Folge davon sind Versprechen, die er nicht halten kann. Klar ist unter diesen Voraussetzungen auch, dass das «Modell Schweiz» der Sozialversicherungen von einem Steuersystem flankiert sein muss, welches Eigentums- und Kapitalbildung begünstigt. Die Podiumsdiskussion zur Rolle des Staates in den Sozialversicherungen fand anlässlich der Mitgliederversammlung der Liberalen Aktion in Zug statt. Die Teilnehmenden erhielten einen verständlichen und professionellen Überblick über den Status Quo und über umsetzbare Strategien in den schweizerischen Sozialversicherungen. Das Thema wird am Herbstseminar der Liberalen Aktion vom 15. Oktober in Pfäffikon SZ vertieft behandelt.

www.liberales-aktion.ch

Wallis

FDP will Schulden abbauen



Die FDP Oberwallis verlangt mit einem Fraktionsvorstoss im Grossen Rat, dass der Kantonsanteil aus dem Verkaufserlös der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank vollumfänglich für den Schuldenabbau zu verwenden ist. Mit diesen rund 1,1 Milliarden Franken kann der Kanton Wallis seine Verschuldung um einen beträchtlichen Teil senken. Dies dient sowohl der heutigen als auch den zukünftigen Generationen. ■

Graubünden

FDP setzt sich für den Sport ein



Nachdem die Uno das Jahr 2005 zum internationalen Jahr des Sports und der Sportlerziehung ausgerufen hat, will die FDP Graubünden diesem Aufruf folgen. Die FDP wird sich in diesem Jahr anlässlich von verschiedenen Gelegenheiten mit dem Sport und der Sportlerziehung auseinandersetzen. Vorweg wird auf Initiative verschiedener Sportler und Sportfunktionäre eine parteiinterne Arbeitsgruppe gebildet, welche sich der Thematik annimmt. Die gesetzmässigen Grundlagen für den Sport und die Sportlerziehung werden grundsätzlich als sehr gut erachtet. Der FDP geht es darum, die Umsetzung im Sportunterricht und im Breitensport zu analysieren. Das Engagement der FDP Graubünden hat auch eine gesundheitspolitische Komponente, könnte doch durch die Stärkung des Breitensports ein massgebender Beitrag zur Erhöhung der Volksgesundheit und damit gegen die Kostensteigerung im Gesundheitswesen geleistet werden. ■

Appenzell-Ausserrhodan

Marianne Koller ist neue Regierungsrätin

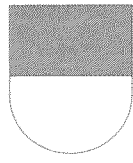


Marianne Koller-Bohl (Teufen) gelang es am 27. Februar, den nach der Wahl von Hans Altherr in den Ständerat frei gewordenen Regierungssitz glanzvoll für die FDP zu verteidigen. Die Appenzeller Freisinnigen stellen somit weiterhin fünf der sieben Mitglieder des Regierungsrates.

Die neue Regierungsrätin will sich nach ihren eigenen Angaben für gesunde Finanzen, ein gutes Bildungswesen, eine angemessene Gesundheitsversorgung für alle, eine intakte Umwelt und eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik einsetzen. ■

Solothurn

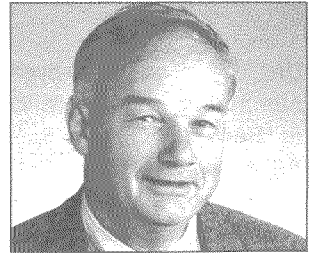
Christian Wanner im 1. Wahlgang gewählt



Der freisinnige Finanzdirektor Christian Wanner (Messen)

wurde am 27. Februar mit einem Glanzresultat wieder in den Solothurner Regierungsrat gewählt. Wanner erzielte das beste Resultat aller sieben kandidierenden und übertraf mit 45 552 Stimmen das absolute Mehr um mehr als 10 000 Stimmen.

Esther Gassler-Leuenberger, Gemeindepräsidentin von Schönenwerd und Anwärterin auf den zweiten freisinnigen Regierungssitz, steht im Moment mitten im Wahlkampf für den zweiten Umgang. Am 24. April machen sie, zwei SP-Kandidaten und der CVP-Kantonalpräsident die drei frei gebliebenen Sitze unter sich aus. Der «Freisinn» wünscht Esther Gassler-Leuenberger und

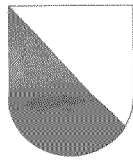


Christian Wanner

der Solothurner FdP viel Stehvermögen in einem harten Wahlkampf und guten Erfolg am Wahlwochenende! ■

Zürich

Ja zur neuen Kantonsverfassung



Mit Freude nimmt die FDP des Kantons Zürich den Entscheid des Zürcher Stimmvolks zur neuen Verfassung zur Kenntnis. Nach 136 Jahren bekommt die geltende Verfassung eine würdige Nachfolgerin, die den gewandelten Verhältnissen in unserem Kanton Rechnung trägt. Ganz im Sinne des liberalen Staatsverständnisses basiert sie auf der Eigenverantwortung aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons und setzt der stetigen Ausdehnung der staatlichen Tätigkeiten klare Grenzen. Kanton

und Gemeinden sind ab heute verpflichtet, ihre Aufgaben regelmässig zu überprüfen und auf Unnötiges zu verzichten. Neue öffentliche Aufgaben dürfen nur noch übernommen werden, wenn deren Finanzierung gesichert ist, und für die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender Steuern ist neu zwingend eine Volksabstimmung vorgeschrieben. Die FDP des Kantons Zürich ist befriedigt darüber, dass diese liberalen Grundanliegen nicht nur im Verfassungsrat, sondern nun auch in der Zürcher Bevölkerung Zustimmung gefunden haben. ■

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg
zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte



Marianne Koller

Fulvio Pelli ist neuer FDP-Präsident

FDP-Delegierte wählen den Tessiner Nationalrat an der DV in Bern

Die Delegiertenversammlung vom 5. März in Bern hatte nur eine Aufgabe zu erfüllen: die Wahl eines neuen Parteipräsidenten. Nach inspirierter Vorstellungsrunde und lebhafter Diskussion ging der Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli als Gewinner aus der Wahl hervor. Sein Gegenkandidat, der Luzerner Nationalrat Georges Theiler, erwies sich als sportlicher Verlierer.

Von Nico Zila, Redaktor
«Schweizer Freisinn»,
Bern

Kurzfristig angesetzt und nur aus einem Traktandum bestehend – wer aus diesen Gründen eine mässig besuchte Delegiertenversammlung erwartete, lag am 5. März völlig falsch. Die Wahl eines neuen FDP-Präsidenten und somit des Nachfolgers des im vergangenen Herbst aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Zuger Ständerates Rolf Schweizer führte rekordverdächtige 393 stimmberechtigte Delegierte in den Berner Kursaal. Weil sich zu den Delegierten noch über hundert weitere Interessierte gesellten, stiess der moderne und helle Saal bald an seine Kapazitätsgrenzen. Freisinnige Nähe wurde deshalb an diesem Nachmittag noch intensiver als sonst gelebt. Nach einer launigen Begrüssung durch den von zwei ausgewachsenen



FDP-Präsident Fulvio Pelli.

Bären begleiteten Stadtberner Finanzdirektor und Nationalrat Kurt Wasserfallen und den einleitenden Worten von Interimspräsidentin Marianne Kleiner war die Bühne frei für die beiden Kandidaten für das

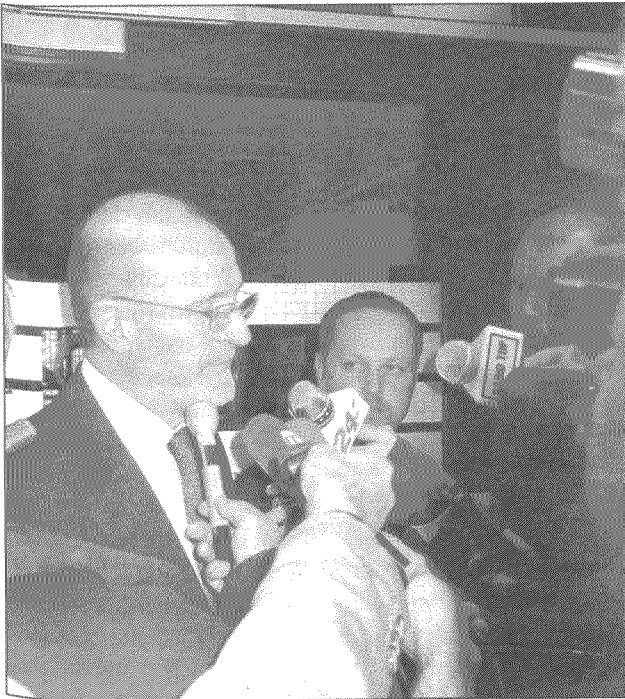
Präsidentenamt. Durch das Los als erster Referent bestimmt zeichnete Georges Theiler den Delegierten den Weg auf, auf welchem er die FDP in eine wähleranteilstärkere Zukunft zu führen vorhatte. In

seiner mit spürbarem Kampfgeist vorgetragenen Rede verglich Theiler die Partei mit einer Basketballmannschaft oder einer Seilschaft auf einer Bergtour, die nur mit hervorragendem Zusammenhalt ihr

Ziel erreichen könne. Fulvio Pelli setzte in seiner Ansprache auf politische Inhalte, mit denen sich die FDP wieder als «liberales Original» profilieren müsse. Die Verwaltung des in der Vergangenheit in der Schweiz erarbeiteten Wohlstandes könne kein Programm für die Partei sein, zeigte Pelli den Delegierten auf.

Im Anschluss an die Vorstellungsrunde öffnete Marianne Kleiner die Diskussionsrunde für die Wahlberechtigten. Während über einer Stunde wechselten sich in der für beide Kandidaten ausgewogenen Debatte ausführliche und pointierte, emotionale und nüchterne Voten ab.

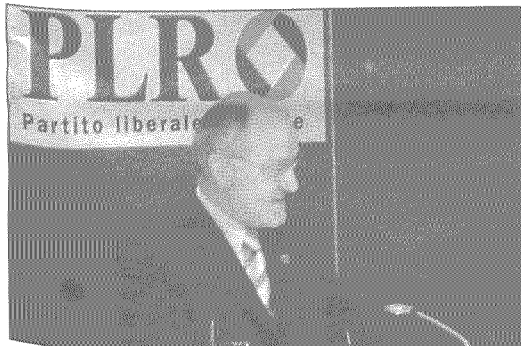
Offensichtlich hatte es die Diskussion den allermeisten Delegierten erlaubt, sich eine Meinung über ihren persönlichen Favoriten zu bilden – die Auszählung der Stimmzettel bewies dies. In der Endabrechnung nach dem zweimonatigen Wahlkampf, der die Kandidaten durch die ganze Schweiz geführt hatte, hielt Fulvio Pelli die Nase vorne. Mit 228 Stimmen wurde er als neuer FDP-Präsident gewählt und durfte die Glückwünsche der Anwesenden entgegennehmen. Als fairer Verlierer erwies sich Georges Theiler, dem es gelungen war, 150 Stimmen auf sich zu vereinen – sein Einsatz als Tambourmajor im Anschluss an die Delegiertenversammlung stellte diese Qualität eindrücklich unter Beweis. ■



Der neue Präsident stand nach gewonnener Wahl umgehend den Medienvertretern Red und Antwort.



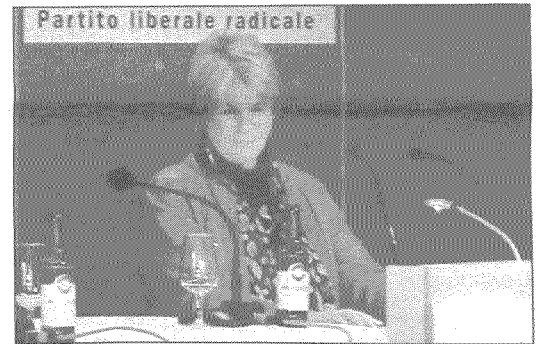
Über 500 Freisinnige nahmen an der Delegiertenversammlung teil.



Georges Theiler...



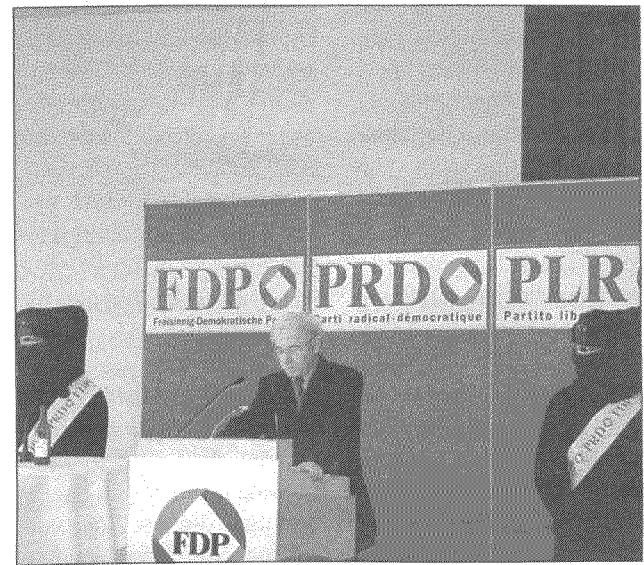
... und Fulvio Pelli zeigten den Delegierten auf, wo sie die FDP hinführen möchten.



Interimspräsidentin Marianne Kleiner behielt die gewohnt souveräne Übersicht.



Der Solothurner Nationalrat und Wahlbüro-Chef Ruedi Steiner bespricht die technischen Details mit Michel Fischer vom Generalsekretariat.

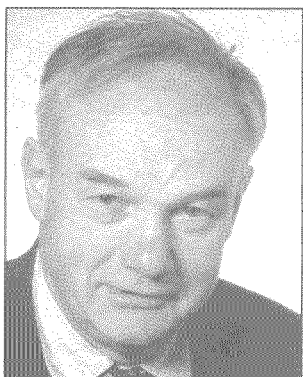


Nationalrat Kurt Wasserfallen brachte stämmige Begleiter mit.

Verwendung der Goldreserven

Ein «freisinniger» Entscheid

Die Kantone kämpften viele Jahre für ihren verfassungsmässigen Anspruch auf die Erlöse aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven. Endlich sind wir am Ziel: Die Kantone erhalten $\frac{2}{3}$ aus dem Erlös – dies entspricht rund 14 Mrd. Franken. Das ist viel Geld, und es ist Geld, das die Kantone angesichts der ausserordentlich hohen Bruttoverschuldung dringend benötigen.



Christian Wanner

Von Christian Wanner,
Finanzdirektor Kanton
Solothurn, Messen SO

erwirkten Rechtsordnung ein. Nachdem sich das eidgenössische Parlament auf keine spezielle Verwendung einigen konnte, muss nun aus rechtsstaatlicher, demokratischer Sicht der verfassungsmässige Verteilerschlüssel zur Anwendung gelangen. Alles andere würde einen weiteren Verteilkampf bedeuten und Ressourcen unnötig binden. Zudem käme es einer Zwängerei gleich, wenn trotz klaren Vorgaben von Volk, Ständen und Parlamenten weiterhin nach einem speziellen Verwendungszweck gesucht würde.

2. Im Strategiepapier «Inhalte und Positionen» der FDP Schweiz (Stand September 2004) fordern wir, dass die Verwendung ausserordentlicher Erträge (z. B. Nationalbankgold) für den Schuldenabbau zu verwenden ist. Die von rechts und links vorgeschlagenen Alternativen (Verwendung für die AHV, Solidaritätsstiftung usw.) hätten die Erreichung dieses Ziels verunmöglicht. Neue Ausgaben wären die Folge gewesen, bzw. im Falle der AHV

hätten die Gelder den bekannten Tropfen auf den heissen Stein dargestellt. Die Mittel wären «verdampft» und es bestünde die Gefahr, dass das Angehen der grundsätzlichen Probleme der Finanzierung der AHV auf die lange Bank geschoben würde. Das Ziel des Schuldenabbaus wäre mit Sicherheit verfehlt worden.

3. «Freisinnig» ist auch, dass der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank den Kantonen nicht vorschreiben, wie sie die Gelder zu verwenden haben. Die zweckfreie Überweisung der Gelder an die Kantone ist aus zwei Gründen «freisinnig». Erstens wird damit der von den Freisinnigen massgeblich mitgestaltete Staatsaufbau mit den Kantonen als selbständiger Staatsebene respektiert. Zweitens wird die Verantwortung für die Verwendung gemäss dem Subsidiaritätsprinzip an die Kantone delegiert. Nicht jeder Kanton befindet sich in der gleichen finanziellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Jeder Kanton soll deshalb selbständig und eigenverantwortlich entscheiden können, wie er mit den Geldern für die grösste Zahl seiner Einwohnerinnen und Einwohner den grösstmöglichen Nutzen schaffen kann. Die Kantone brauchen und akzeptieren kein «Diktat von oben». Eine zentrale Weisung würde dem freiheitlichen Gedankengut entgegenstehen, in

die verfassungsmässige Kompetenzaufteilung von Bund und Kantonen in unzulässiger Weise eingreifen und Ineffizienzen schaffen.

Was machen die Kantone nun mit den 14 Milliarden Franken?

Diese Frage kann nicht generell beantwortet werden, da eben keine Zweckbindung für die Verwendung der Gelder vorgesehen ist. Im Rahmen der verschiedenen Anhörungen der Kantone, insbesondere der Kantonsregierungen und speziell der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, hat sich aber eine deutliche Mehrheit für einen Schuldenabbau ausgesprochen. Diesen Regierungsmitgliedern und Finanzdirektoren, zu denen ich mich auch zähle, geht es darum, die Gefahr künftiger Steuererhöhungen zu reduzieren und den Hand-

lungsspielraum der Finanzpolitik durch eine niedrigere Schuldzinsbelastung zu erweitern. Nur wenn die Finanzen der öffentlichen Hand ein solides Fundament aufweisen, haben all die – notabene weitgehend berechtigten – Rufe nach mehr Investitionen in Bildung und Forschung, in die Verkehrspolitik, die Gesundheitspolitik, nach einer den Wirtschaftsstandort Schweiz stärkenden Steuerpolitik eine Chance auf Realisierung. Insofern stellt der angestrebte Schuldenabbau auch eine Investition für die Zukunft dar.

Diese Chancen will ich – soweit es in meiner Kompetenz als Finanzdirektor des Kantons Solothurn liegt – im Sinne der freisinnigen Inhalte und Positionen nutzen: Schritt um Schritt, nicht überstürzt, dafür aber nachhaltig. ■

Anzeige

FRÜHLINGSRABATT

Ein Inserat in dieser Grösse kostet Sie Fr. 400.–

Sie erreichen damit mindestens

75 000 «Freisinn»-Leser.

Was Ihnen der «Schweizer Freisinn»

sonst noch bieten kann, weiss Helene Renggli,

TrisCom-Media AG

Bündtenstr. 10

4410 Liestal

Tel. 061 926 93 33

Standardwerke von bleibendem Wert

Unentbehrliche Fach- und Sachbücher «aus dem Hause SGV»

Es muss nicht immer Krimi, «Lebensbeichte» oder Science-fiction sein, um in den Bücher-Charts ganz vorne mitzumischen. Oft sind es Fach- und Sachbücher, die sich in die Bestsellerlisten drängen (und dann auch kaum mehr zu verdrängen sind). Dazu gehören auch die unentbehrlichen Fachbücher, die vom Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) herausgegeben werden.

Wer glaubt, der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) erfülle seine Aufgaben als Dachverband der schweizerischen KMU (und damit als grösster Wirtschaftsverband) lediglich im Bereich der politischen Arbeit, irrt. Der SGV bietet seinen Mitgliedern selbstverständlich auch «Direkthilfe» an. Ein wesentlicher Bereich dieses Arbeitsfeldes sind die im SGV-Eigenverlag erschienenen Fachbücher.

An erster Stelle steht dabei zweifelsohne der **«Kontenrahmen KMU»** von Walter Sterchi. Dieses erstklassige, zukunftsgerichtete Hilfsmittel für die Praxis hat sich zum absoluten Muss für alle KMU entwickelt. Es berücksichtigt auf 224 Seiten die Grundsätze ordnungsgemässer Rechnungslegung ebenso wie es zweifelsfreie Abgrenzungen ermöglicht und die Auswertung der Resultate erleichtert – und das in völliger Anpassungsfähigkeit, Klarheit und Übersichtlichkeit. Der «Kontenrahmen KMU» kostet 69 Franken.

Vom selben Autor (und als Ergänzung zum «Kontenrahmen») liegt als idealer und ebenso unentbehrlicher Folgeband das Buch **«Buchführung KMU»** vor. Es zeigt, wie das Rechnungswesen zum zentralen Instrument der finanziellen Führung der KMU gestaltet und ausgebaut werden kann. Damit wird das Werk zum einfachen, pra-

xisnahen und auf die spezifischen Bedürfnisse ausgerichteten Finanzierungs- und Kontrollinstrument. Der Preis für dieses 280-Seiten-Werk beträgt 79 Franken.

Als verständliche und praxisnahe Wegleitung für bestehende und künftige KMU hat sich das Werk **«KMU und Erfindung – wie weiter?»** von Josef Felber etabliert. Auf 176 Seiten (und zum Preis von 49 Franken) befasst es sich mit den Grundzügen des Patentwesens und mit den elementaren Grundlagen für das Treffen von Entscheidungen. Leicht lesbar klärt es darüber auf, was eine Erfindung eigentlich ist, wie man eine solche schützt, wie der Zeit- und Kostenrahmen für eine Erfindung ist oder was Marken- und Designerschutz sind.

Und schliesslich – quasi als jüngstes Kind im SGV-Verlag – ist das von Urs Füglistaller und Gabriele Schwarz verfasste Werk **«Ein Führungssystem für Kleinunternehmen»** zu nennen. Qualitätsorientierte Systeme (u. a. die ISO 9000:2000) sind bekanntlich auch für KMU ein entscheidender Erfolgsfaktor. Dieses Führungssystem für KMU hilft Abläufe zu optimieren, Kosten zu sparen und Kundenqualität zu steigern. Dabei geht dieses Fachbuch auf die Wichtigkeit, ein Führungssystem in der heutigen Zeit zu erkennen und daraus Nutzen zu ziehen, ebenso ein. Es zeigt, wie der Führungsalltag heute aussieht, wie er morgen aussehen kann und wie man dorthin gelangt. Es beantwortet auch die Fragen, wie die bestehenden Abläufe qualitativ, betriebswirtschaftlich und kundenorientiert aufgebaut sein müssen oder was Risiko, Umwelt, Finanzen, Innovation und Know-how-Erneuerung für KMU bedeuten. Es erklärt auch, welche Anforderungen und Eigenschaften gestellt

sind, um Qualitätsmanagementsysteme zur echten Unterstützung auf dem Weg zur Verbesserung werden zu lassen. Der Preis: 49 Franken.

Diese Standardwerke von bleibendem Wert «aus dem Hause SGV» können zu den genannten Preisen (zuzüglich Versandkosten) unter folgender Adresse bestellt werden: Schweizerischer Gewerbeverband, Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern. Telefonische (031 380 14 14) oder Fax-Bestellungen (031 380 14 15) sind

ebenso möglich wie solche per E-Mail unter folgender Adresse: info@sgv-usam.ch.

Oder ganz einfach: Bewegen Sie sich doch auf die Internetseite www.sgv-usam.ch, klicken Sie dort den Bereich «Fachbücher» an und bestellen Sie munter drauflos.

Edgar R. Minder

Die unentbehrlichen Fachbücher



Kontenrahmen KMU

Das zukunftsgerichtete Hilfsmittel für die Praxis – ein **MUSS** für alle KMU. Der neue Kontenrahmen KMU berücksichtigt die Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung, ist anpassungsfähig, klar und übersichtlich, ermöglicht zweifelsfreie Abgrenzungen und erleichtert die Auswertung der Resultate.

Umfang 224 Seiten, Verkaufspreis Fr. 69.– (zuzüglich Versandkosten)



Buchführung KMU

Als Ergänzung zum Kontenrahmen KMU der ideale und unentbehrliche Folgeband! Er zeigt, wie das Rechnungswesen zum zentralen Instrument der finanziellen Führung der KMU gestaltet und ausgebaut werden kann. Kurz das einfache, praxisnahe und auf die spezifischen Bedürfnisse ausgerichtete Finanzierungs- und Kontrollinstrument.

Umfang 280 Seiten, Verkaufspreis Fr. 79.– (zuzüglich Versandkosten)



KMU und Erfindung – wie weiter?

Die verständliche und praxisnahe Wegleitung für bestehende und künftige KMU mit den Grundzügen des Patentwesens und elementaren Grundlagen für das Treffen von Entscheidungen.

Es ist leicht lesbar und klärt Fragen: Was ist eine Erfindung. Wie schützt man sie. Wie ist der Zeit- und Kostenrahmen für eine Erfindung. Was ist der Marken- und Designerschutz.

Umfang 176 Seiten, Verkaufspreis Fr. 49.– (zuzüglich Versandkosten)

Bestellatalon

Bitte senden Sie mit Rechnung

Expl. «Kontenrahmen KMU»

Expl. «Buchführung KMU»

Expl. «KMU und Erfindung – wie weiter?»

Firma:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

zu beziehen beim Schweizerischen Gewerbeverband,
Postfach 8166, 3001 Bern, Fax 031 380 14 15, info@sgv-usam.ch

Toleranz als Lösung?

Liberalismus als stärkste Antwort auf brennende Fragen

Toleranz ist das Gebot der Stunde – so zumindest lautet der Tenor, wenn es um Ausländerfragen und Integration geht. Was aber bedeutet Toleranz wirklich? Genügt es wirklich, einfach mehr Toleranz zu fordern? Nein: Denn zur Toleranz gehören klare Grenzen. Toleranz und Liberalismus haben dieselben Wurzeln und vereinen in sich dieselben zentralen Werte. Richtig verstandene «Toleranz» wäre deshalb ein Gebot, das sich der Freisinn auf die Fahne schreiben kann.

Von *Katja Gentinetta*,
Chefin Strategie und
Aussenbeziehungen
Kanton Aargau, Mitglied
der FDP Aargau, Lenzburg

die Grenze des Tolerierbaren benannt wird. Was über diese Grenze hinausgeht, darf und muss abgelehnt werden.

Gleiche Wurzeln von Liberalismus und Toleranz

Die Forderung nach Toleranz gehört zu den Kerngeboten moderner Gesellschaften. Und sie wird angesichts der Durchmischung unserer Gesellschaft immer lauter. Wer den simplen Aufruf nach mehr Toleranz hinterfragt, setzt sich rasch dem Verdacht aus, intolerant zu sein. So einfach aber sind die Dinge nicht. Toleranz ist ein diffiziles Konzept und erfordert – gerade von der Politik – ein klares Bewusstsein darüber, was Toleranz bedeutet und wo ihre Grenzen liegen.

Toleranz bedeutet weder Akzeptanz noch Gleichgültigkeit

Zwei Dinge sind von grundlegender Bedeutung: Von Toleranz kann man nur sprechen, wenn es einem eigentlich schwer fällt, etwas zu akzeptieren. Toleranz bedeutet also weder Gleichgültigkeit noch Bejahung – und schon gar nicht Akzeptanz. Und: Von Toleranz kann nur gesprochen werden, wenn auch

Liberalismus ist ohne Toleranz nicht denkbar – und umgekehrt. Beide Konzepte entspringen der europäischen Geschichte und haben ihre Wurzeln in der Aufklärung: in der schrittweisen Durchsetzung der Überzeugung, dass jeder und jede seinen Glauben haben darf, vorausgesetzt, er gefährdet nicht den Frieden der Gemeinschaft.

Diese zentrale Fokussierung auf die Freiheit und Autonomie des Einzelnen – Gewissensfreiheit in Sachen Religion, Meinungs- und Meinungsäusserungsfreiheit in Sachen Politik – und die Markierung der Grenze dieser Freiheiten beim Frieden und Wohl der Gemeinschaft zeichnen sowohl die Toleranz wie auch den Liberalismus aus. Beides sind politische Konzepte. Sie fragen nicht: Was ist gut und richtig für uns?, sondern: Wie wollen wir zusammenleben? Im



Katja Gentinetta

Zentrum stehen die Spielregeln, nicht die Wahrheit – die Vernunft und, nicht der Glaube.

Wie wollen wir zusammenleben?

Wie also wollen wir zusammenleben in einer Gesellschaft, in der verschiedene Lebensentwürfe, Ethnien und vor allem Religionen aufeinander treffen? Die politische Philosophie gibt darauf eine Antwort: Wir brauchen im Kern ein Set von klaren, für alle verbindlichen Spielregeln, sprich Grundrechte und -pflichten. Darüber hinaus brauchen wir einen weitergehenden Konsens darüber, welche Freiheiten im Rahmen des eigenen Lebensentwurfs und des eigenen Glaubens erlaubt sein sollen. Das Kriterium hier lautet: Sie dürfen den Grundregeln nicht widersprechen. Was darüber hinaus geht, wird nicht toleriert.

Dieses einfache, durchaus praktikable Zweistu-

fenprinzip findet sich in etwa in unserer Verfassung und unseren Gesetzen wieder. Beide orientieren sich – und das ist grundlegend und richtungsweisend – an den Werten der Aufklärung und des Liberalismus: der Freiheit und der Verantwortung.

Brennende Fragen und mögliche Antworten aus liberaler Sicht

Islamismus, Integration, Multikulturalität – hierzu haben wir immer noch deutlich mehr Fragen als Antworten. Die Diskussion darüber wird bestimmt durch Angstschürerei auf der einen und Verharmlosung auf der anderen Seite. In jedem Fall haben wir hier noch ein Tabu, das enttabuisiert sein will. Und dazu kann der Liberalismus durchaus einen Beitrag leisten:

– Die Anerkennung der Werte der Freiheit und der Verantwortung sind einzufordern. Dazu ge-

hören die liberalen Grundprinzipien unseres Staates wie Liberalismus und Demokratie, Trennung von Kirche und Staat, das Gewaltmonopol des Staates und die auf dem Individualrecht beruhenden Rechte und Pflichten.

- Das klare Festhalten an den Prinzipien der Aufklärung: Die Vernunft steht über dem Glauben, Kritik und eine offene Diskussion müssen möglich sein, es gibt keinen Alleinspruch auf Wahrheit.
- Analog dem Zweistufenprinzip ist in der Integrationsfrage zwischen Assimilation, Akkulturation und Individuation zu unterscheiden. Die Kenntnis der Landessprache ist zwingend – auch als Voraussetzung für den sozialen Aufstieg, der aus wirtschaftlichen Gründen so wichtig ist.

Klar ist: Der Liberalismus ist die stärkste Antwort auf diese brennenden Probleme. Und deren Lösung ist eine der wichtigsten Aufgaben im Interesse einer gesellschaftlich und wirtschaftlich zukunftsfähigen Schweiz. ■

Buchtipps

K. Gentinetta: **Toleranz ohne Grenzen?** Globale Realitäten und die politische Kultur der Schweiz. Bern, Haupt-Verlag, 2002

Genug verhindert

Guter Start der FDP-Verbandsbeschwerderechts-Initiative

Beschwerdeberechtigte Verbände, allen voran der VCS, verhindern, verzögern und bekämpfen landauf, landab und mit hoher Professionalität bedeutende Projekte wie etwa den Bau eines Wellnesshotels auf dem «Prätschli» in Arosa, den Bau des Schatzalpturms in Davos, den Bau eines Pharmaunternehmens in Galmiz oder auch das neue Hardturmstadion in Zürich.



Konrad Hurni

Von Konrad Hurni,
Geschäftsführer FDP
Kanton Zürich

Unsere eidgenössische Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!» kämpft für eine

www.wachstum.ch
www.croissance.ch

wirkungsvolle Einschränkung dieses wirtschaftsfeindlichen Rekursrechts und damit für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in der Schweiz. Sie ist in Zürich und vor allem in der Romandie gut angehalten. Helfen Sie mit Ihrer Unterschrift, die Schweiz aus dem Würgegriff der Verhinderer zu befreien!

Irrungen und Wirungen in juristischen Stuben

Kritische Stimmen aus juristischen Kreisen sehen in der Einschränkung des

Verbandsbeschwerderechts den Untergang unseres Rechtssystems. Sie behaupten, dass der Initiativtext staatsrechtlich problematisch sei, da er den «Anwälten der Natur, Umwelt und der Landschaft» ihr «so ans Herz gewachsenes Rekursrecht» entreissen würde. Wussten Sie aber, dass das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) als Behörde über ein gesamtschweizerisches Einspracherecht verfügt und somit als Anwalt der Umwelt waltet? Ist es schliesslich nicht an den vom Volk legitimierten Behörden, Recht durchzusetzen?

Diese Feststellung verdutzt einige Juristen, die oft als Mediatoren zwischen beschwerdeberechtigten Verbänden und Investoren auftreten. Ausserdem wurde das Verbandsbeschwerderecht seit 1966 schrittweise eingeführt und kaum einer mag

behaupten, dass unser Rechtsstaat vor dieser Zeit nicht existiert hatte. Es ist auch festzuhalten, dass mit der Initiative keine Gesetze abgeschafft werden. Raumplanungs-, Umweltschutz- und Heimatschutzgesetze gelten auch in Zukunft.

Dem Volk und den Parlamenten gehört das letzte Wort

Während der letzten Jahre haben sich jedoch die beschwerdeberechtigten Verbände derart professionalisiert, dass sie gleichsam zu parastaatlichen Organisationen mit einem hohen Drohpotential gegenüber Investoren und der gesamten privaten Wirtschaft herangewachsen sind. Die staatlichen Bewilligungsbehörden übernehmen dadurch oft Wegleitungen der privaten Verbände in vorauseilendem Gehorsam. Weder das Volk noch die Parlamente in Bund, Kantonen und Gemeinden haben diese wirtschaftshemmenden «Bewilligungsinstanzen» je einmal legitimiert.

Unterstützung auf breiter Front – economiesuisse auf Kurs

Das Initiativkomitee wurde von Beginn weg durch Wirtschaftskreise grosszügig unterstützt. Von politischer Seite wurde dagegen versucht, die Initiative mit semantischen und juristischen Nörgeleien zu sabotieren. Die Aufklärungsarbeit zahlreicher Urheber der Initiative hat aber mittlerweile zu einem überaus erfreulichen Eingang von Unterschriften geführt. Auch die economiesuisse ist von unserer Initiative bezüglich Inhalt und Wirksamkeit überzeugt. Ueli Forster, Präsident der economiesuisse, welcher gegenüber der Initiative zu Beginn kritisch eingestellt war, lässt im Newsletter des Verbands vom Februar 2005 vernehmen: «Korrekturen am Verbandsbeschwerderecht sind notwendig.» Zudem sieht die economiesuisse im Zustandekommen unserer Initiative eine wichtige, erwünschte Signalwirkung für mehr Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze.

Nach der jahrelangen Verhinderungspolitik, die unserem Land ein Nullwachstum und zahlreiche Arbeitslose beschert hat, benötigt die Schweiz eine «Schubumkehr» in Richtung Wirtschaftswachstum, und dies nicht zuletzt auch zugunsten unserer nächsten Generationen. ■

Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Sie ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliess-

lich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz
Redaktion «Schweizer Freisinn»
z. H. Herrn Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
zila@fdp.ch

**Helfen Sie uns mit Ihrer Unterschrift und auch finanziell, damit die Initiative zustande kommt!
Ein Initiativbogen und Einzahlungsschein liegen dieser Ausgabe des «Freisinn» bei.**

FDP-Frauen fordern: Zwangsehen bestrafen

Volksauftrag wird mit dem überfälligen Entscheid des Bundesrates erfüllt

Der Bundesrat sieht in Bezug auf Zwangsheiraten keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Diese Einschätzung greift nach Ansicht der FDP-Frauen Schweiz sowohl aus ausländerrechtlicher als auch gleichstellungspolitischer Sicht zu kurz. Konsensehe und freie Partnerwahl sind wichtige Errungenschaften der liberalen Gesellschaft. Die FDP-Frauen fordern im Hinblick auf die Beratung des Ausländergesetzes im Ständerat, die Zwangsehe zu bestrafen.

In der kommenden Woche debattiert der Ständerat das Ausländergesetz. Darin wird zwar das Eingehen einer Scheinehe unter

Strafe gestellt. Die Bestrafung der Zwangsehe ist aber trotz schwerem Eingriff in die persönliche Freiheit nicht vorgesehen.

Der Bundesrat hat vor kurzem festgehalten, es bestehe in Bezug auf Zwangsheiraten kein Handlungsbedarf, und weist auf das bestehende zivil- und strafrechtliche Instrumentarium (Nichtigkeitserklärung, Nötigung usw.). Diese Einschätzung greift nach Ansicht der FDP-Frauen Schweiz sowohl aus ausländerrechtlicher als auch gleichstellungspolitischer Sicht zu

kurz. Eine Ehe, die gegen den freien Willen eines Menschen geschlossen wird, ist eine schwerwiegende Verletzung der persönlichen Freiheit, von der vor allem junge Frauen betroffen sind. Konsensehe und freie Partnerwahl sind wichtige Errungenschaften der liberalen Gesellschaft. Verschiedene europäische Staaten haben das Problem erkannt und prüfen deshalb eine

Bestrafung der Zwangsehe.

Die FDP-Frauen Schweiz fordern, dass das Tabu Zwangsheirat in der Schweiz gebrochen und ein klares Zeichen gegen Parallelgesellschaften gesetzt wird. Ständerätin Erika Forster (SG) wird im Rahmen der Beratung des Ausländergesetzes einen Antrag auf Bestrafung der Zwangsehe einreichen. ■

Keine Schikanen mehr für hungrige Nachtmenschen

FDP erringt Sieg für die Konsumentinnen und Konsumenten

Die FDP hat sich erfolgreich für mehr Konsumentenfreiheit eingesetzt. Der Bundesrat hat einen Vorstoss gutgeheissen, welcher Hauslieferdienste für Speisen den Gastbetrieben gleichstellt. Damit

kann der Pizza-Kurier in Zukunft auch nach Mitternacht an der Haustüre klingeln. Nicht nur in der Nacht, sondern auch am Sonntag ist in Zukunft die Konsumentenfreiheit vermehrt zu berücksichtigen. Bis anhin waren Pizza-Kuriere und ähnliche Unternehmer der Bewilligungspflicht für Nacht- und Sonntagsarbeit unterstellt. De facto bedeutete dies, dass sie unter der Woche nur bis Mitternacht und am Wochenende bis 1 Uhr Heimlieferungen ausführen durften. Angesichts der veränderten Lebensumstände war dies ein alter Zopf, welchen nun auch der Bundesrat auf einen Vorstoss der FDP hin abschneiden will. Hungrige Nachtschwärmer können also dank der FDP

in Zukunft den Pizza-Kurier oder andere Hauslieferdienste auch zu später Stunde nutzen.

Weitere Anpassungen an veränderte Lebensumstände müssen folgen. So ist beispielsweise die Sonntagsverkaufs-Erlaubnis in grossen Bahnhöfen zu sichern. Die FDP setzt sich ein für die Konsumentenfreiheit und gegen die Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger durch die Gewerkschaften. Diese haben das Referendum gegen die Sicherung der Sonntagsverkaufs-Erlaubnis ergriffen. Sie kämpfen damit gegen die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten und stellen sich gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen im Detailhandel. ■

Leserbrief

«Mezzogiorno-Partei»

Die Wahl des sympathischen Tessiners Fulvio Pelli war ein eindrücklicher Solidaritätsbeweis und Schulterschluss der Minoritäten. Die friedliche Invasion Berns durch die Ticinesi und die Romands wirkte ansteckend. Auch die zweisprachigen Kantone und viele Frauen und Junge haben für Pelli votiert.

Dies ist aus der aktuellen Situation verständlich. Dem Analytiker Pelli wird nicht entgehen, dass weiterhin sämtliche wichtigen Entscheidungsträger unserer Partei aus Randgebieten wie Appenzell, Wallis oder Tessin stammen. Im Gegensatz zu SP und SVP

sind die Urbanen (Zürcher, Berner, Basler, Genfer) völlig ausgespart. Wir sind eine veritable Mezzogiorno-Partei geworden. Hier sind nun auch in der Besetzung wichtiger Gremien starke urbane Antworten gefragt. Ante portas stehen hier in erster Linie die beiden ungleichen Zürcher Felix Gutzwiller und Filippo Leutenegger. Vorab auf die Integration des unternehmerischen und begabten Newcomers Filippo Leutenegger wird es ankommen. Hier liegt ein grosses Energiepotential brach.

Markus Beer,
3063 Ittigen,
Mitglied der FDP Ittigen

Erfolg und Niederlage

«Nur im Wörterbuch kommt Erfolg vor Fleiss.»

Vidal Sassoon,
amerikanischer
Starfriseur
(geb. 1928)

Termine

Einladung

zur ordentlichen Delegiertenversammlung in Mendrisio (TI)

Freitag/Samstag, 15./16. April 2005

Accademia di architettura, Largo Bernasconi 2, 6850 Mendrisio

Donnerstag, 14. April 2005

16.30–19.00 Sekretärenkonferenz
Abendessen

Freitag, 15. April 2005

13.00–14.45 Geschäftsleitungssitzung

15.00–16.45 **Präsidentenkonferenz**

17.00 **Delegiertenversammlung 1. Teil**

Begrüssung:

Regierungspräsident Gabriele Gendotti

Ansprache Parteipräsident

Ladenöffnungszeiten

- Präsentation: NR Rolf Hegetschweiler, FDP/ZH
- Diskussion
- Parolenfassung

Initiative:

Nationalbankgewinne für die AHV

- Podium
- Pro: NR Fabio Pedrina, SP/TI
- Contra: NR Charles Favre, FDP/VD
- Diskussion (inkl. allfällige Gegenvorschläge)
- Parolenfassung

19.00

Schluss Teil 1 DV

19.30

Abendessen/
Abendprogramm (Mercato coperto)

Samstag, 16. April 2005

Delegiertenversammlung 2. Teil

9.00

Begrüssung:

Regierungsrätin Marina Masoni

Jahresbericht des Fraktionspräsidenten

Jahresbericht des Generalsekretärs

Nachwahl in die Geschäftsleitung

Ansprache Bundesrat Pascal Couchepin:

Liberaler Gesellschaftspolitik

Partnerschaftsgesetz

- Einführung: Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz
- Podium
- Pro: NR Kurt Fluri, FDP/SO
- Contra: Paolo Clemente Wicht, Präsident SVP/TI
- Diskussion
- Parolenfassung

Union der Freisinnigen und Liberalen

- Präsentation
- FDP: NR Didier Burkhalter, NE
- LPS: NR Claude Ruey, VD, Präsident der LPS
- Diskussion
- Beschluss

Schlusswort des Parteipräsidenten

Schluss der Delegiertenversammlung

ca. 12.00

Apéritif



Eine Freisinnig-Liberale Partei für Genf

Kanton und Stadt verdienen eine bürgerliche Zukunft



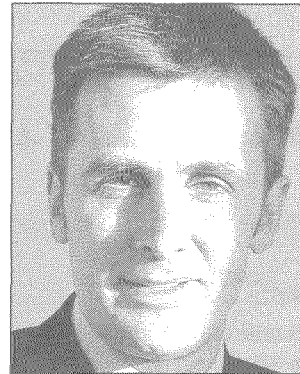
Für die FDP wie auch für die Liberale Partei brachten die eidgenössischen Wahlen im Herbst 2003 nur etwas Gutes: Klarheit über die Wähleranteile. Aus der Niederlage an der Urne zogen die beiden Parteien die Konsequenz, sich auf der schweizerischen Ebene zu «verloben» und in einer gemeinsamen Fraktion zusammenzuarbeiten. Für Genf kann diese Annäherung nur bedeuten, dass auf das Entstehen einer neuen bürgerlichen Bewegung hingearbeitet werden muss – auf das Entstehen einer modernen und regierungsfähigen Volkspartei.

Von François Longchamp,
Präsident der FDP des
Kantons Genf,
Carouge GE

Ich bin überzeugt, dass die Rahmenbedingungen dazu noch nie derart günstig waren und die politische Not-

wendigkeit für einen solchen Schritt noch nie derart eindeutig gegeben war. Die ernüchternden Tatsachen liegen nämlich auf dem Tisch: Die Liberalen haben Mühe, neue Wähler von ihren Ideen zu überzeugen, und die FDP des Kantons Genf muss sogar

um ihr Überleben kämpfen. Zusammen erzielen die beiden Parteien weniger Stimmen als die SP, die dazu noch auf die Unterstützung der Grünen zählen darf. Eines ist klar, wenn jetzt nicht gehandelt wird, erhält Genf in diesem Herbst eine linke Regie-



François Longchamp

rungsmehrheit – gehalten von den konservativsten Linksparteien in ganz Europa.

Um dieses Ergebnis zu verhindern, müssen die Genfer Sektionen der FDP und der Liberalen fusionieren. Sie müssen es tun, weil sie die zukunftsweisenden politischen Vorstellungen für den stagnierenden Kanton haben. Auf dem Papier arbeiten die beiden Parteien seit 1936 eng zusammen. Bei jeder Majorwahl konnten sie sich auf eine gemeinsame Liste einigen. Jetzt ist es aber an der Zeit, dass aus dem Wahlbündnis eine Bewegung entsteht, die ihre Ziele mit neuer Stärke vertreten kann.

Diese Bewegung muss aufzeigen, wie das moderne Genf, das wir wollen, aussehen soll. Sie muss mit deutlicher Stimme sagen,

– dass wir eine Stadt wollen, die imstande ist, ihre Position in der Welt zu halten.

– dass zuerst erarbeitet werden muss, was anschliessend verteilt werden soll.

– dass der Staat die klare Aufgabe hat, seine Bürger und deren Eigentum zu schützen.

– dass der Leistungsgedanke in der Schule wieder vermehrt gelebt werden muss.

– dass das Steuerniveau nicht länger jegliches Unternehmertum abwürgen darf.

– dass wir unter nachhaltiger Entwicklung nicht Schuldenwirtschaft verstehen.

– dass wir unsere Universität, unseren Flughafen und unser Verkehrsnetz pflegen und damit zum Wohlstand unseres Kantons beitragen wollen.

– dass Wirtschaftswachstum für Genf eine absolute Notwendigkeit ist.

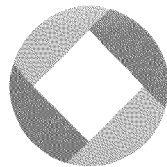
– dass unsere Verwaltungsstellen effizient und sparsam zu führen sind.

– dass unser 160 Jahre altes Regierungssystem überdacht werden muss.

– dass in Genf Wohnraum geschaffen und nicht verhindert werden muss.

An diesen Zielen müssen sich freisinnige und liberale Genferinnen und Genfer heute orientieren. Wir müssen unsere Partiestrukturen neu gestalten. Damit riskieren wir zwar den Verlust einiger Wähler, bringen aber ungleich mehr neu in unser gemeinsames Boot hinein – aus Freude, nach Jahren der Passivität endlich wieder Politik machen zu können. ■

FDP



Bestellen Sie den FDP-Jahresbericht 2004

Jahresbericht 2004

Die Arbeit der FDP Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion in der Bundesversammlung

Bestellschein

Bitte senden Sie mir _____ Exemplare des FDP-Jahresberichts 2004 zu.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte einsenden an: FDP Schweiz, z. Hd. Herrn Erwin Aebischer, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per E-Mail an info@fdp.ch.

Mehr Frauen in der Politik

Einladung zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der Parteifrauen zum Thema «Geschlechterquoten»

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin
FDP-Frauen Schweiz,
Köniz BE

Mehr Frauen in der Politik – dies ist die Hauptzielsetzung der Anfang 2004 initiierten Treffen der Frauengruppierungen der im eidgenössischen Parlament vertretenen Parteien. Um die Vertretung von Frauen

auf allen politischen Stufen zu erreichen, gibt es verschiedene Mittel und Wege. Geschlechterquoten stellen eine Möglichkeit dar. Doch während ein – freiwilliger oder festgelegter – Proporz nach Kantonen, Landesteilen und Sprachen in der Schweiz völlig unbestritten ist und mittlerweile auch parteiinterne Zielvorgaben nach Al-

ter und Geschlecht bei der Gestaltung von Wahllisten auf breite Akzeptanz stossen, stellt der Begriff «Quoten» gerade auf bürgerlicher Seite nach wie vor ein Reizwort dar. Die FDP-Frauen Schweiz haben es sich zum Ziel gesetzt, das Thema «Quoten» zu enttabuisieren. Gemeinsam mit den Frauengruppierungen von CVP, EVP,

Grünen, Liberalen und SP führen die FDP-Frauen am Freitag, 22. April, deshalb in Bern eine Informationsveranstaltung durch. Erfahrungen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Bildung aus dem In- und Ausland sollen ausgelegt, analysiert und diskutiert werden. Es geht nicht um ein Bekenntnis für oder gegen Geschlechterquoten. Viel-

mehr soll unter dem Titel «Mehr Frauen in der Politik – Quoten ein Alibi?» eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit dem Thema «Geschlechterquoten» ermöglicht werden. Interessierte Frauen und Männer sind zu dieser Veranstaltung mit spannenden und bekannten Persönlichkeiten eingeladen. ■

Mehr Frauen in der Politik
QUOTEN EIN ALIBI?

Freitag, 22. April 2005, 14.30 bis 17.30 Uhr
Hotel Kreuz in Bern, Zeughausgasse 41, Saal Fischer/Hodler
Öffentliche Veranstaltung der Frauengruppen der CVP, EVP, FDP, Grünen, Liberalen und SP

14.30 Uhr
Begrüssung und Moderation durch Ellinor von Kauffungen, Journalistin

Inputreferate zum Thema Quoten

- > Wirtschaft, Katharina Amacker, Head Diversity Switzerland, Novartis Schweiz
- > Wissenschaft, Geneviève Billeter, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Genf
- > Politik, Hans-Urs Wili, Leiter Sektion Politische Rechte, Bundeskanzlei

Pause

Podiumsdiskussion
«MEHR FRAUEN IN DER POLITIK – CHANCEN UND RISIKEN VON QUOTEN»
Moderation: Ellinor von Kauffungen
Teilnehmerinnen

- > Marianne Dürst, Präsidentin FDP Frauen Schweiz
- > Cécile Bühlmann, Präsidentin Bundeshausfraktion Grüne
- > Ida Glanzmann, Präsidentin CVP-Frauen Schweiz
- > Maria Roth-Bernasconi, Co-Präsidentin SP-Frauen Schweiz
- > Marianne Streiff, Grossrätin EVP, BE
- > Christine Wirtz-von Planta, Vizepräsidentin Liberale Partei Schweiz

«UMDENKEN!» Referat von Julia Onken, Psychologin und Autorin

Schlusswort durch Ellinor von Kauffungen

17.30 Uhr
Ende der Veranstaltung

Die Veranstaltung wird simultan übersetzt (D/F), der Eintritt ist frei, Kollektiv.

Liberaler Werte im Zentrum

Auszüge aus der Rede von Regierungsrätin Marianne Dürst (GL), Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, an der Generalversammlung vom 5. März 2005 in Bern

Die FDP-Frauen Schweiz führten ihre diesjährige Generalversammlung am 5. März in Bern durch. Die gleichentags stattfindenden Präsidiumswahlen der FDP Schweiz nahmen auch bei den FDP-Frauen einen grossen Stellenwert ein. In ihrer Eintretensrede forderte Regierungsrätin Marianne Dürst zur Stärke durch Geschlossenheit auf. Sie sicherte dem künftigen Präsidenten die Unterstützung der FDP-Frauen zu. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand jedoch der Appell an die Frauen und den Freisinn, die liberalen Werte ins Zentrum des politischen Handelns zu stellen.

«Willkommen in Bern, zu einem weiteren wichtigen, ja fast schon historischen Tag für die Freisinnigen. Denn die FDP Schweiz

wählt heute einen neuen Präsidenten. Sie fragen sich vielleicht, warum ich als Präsidentin der FDP-Frauen ausgerechnet die Präsidiumswahlen der FDP Schweiz an den Anfang meiner Rede stelle. Die Antwort ist einfach: die Motivation der FDP-Frauen Schweiz, sich für die Frauen und den Freisinn einzusetzen, ist gross. Vielleicht sogar grösser denn je, denn wir haben uns als Partnerinnen innerhalb der Partei weiter etabliert und wir konnten im vergangenen Jahr mit Unterstützung der FDP Schweiz unsere Strukturen optimieren. Wir haben den Eindruck, die FDP weiss heute wieder, was sie an den Frauen hat. Die FDP weiss heute wieder, dass sie uns Frauen braucht. Und die FDP weiss, dass sie auf die Unterstützung der Frauen zählen kann.

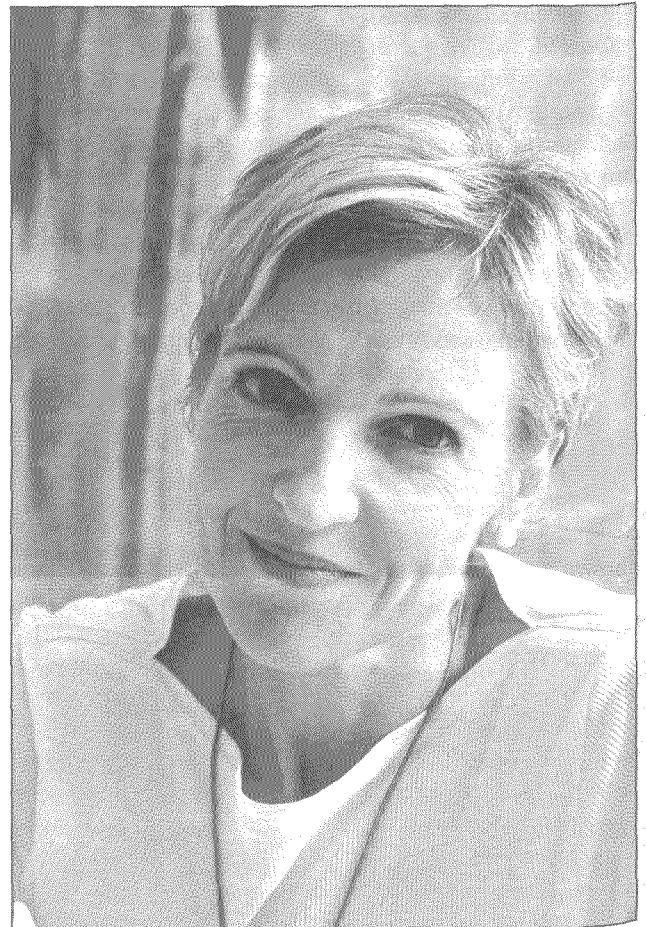
Jetzt gilt es ernst

Heute gilt es also ernst für den Freisinn – und dazu gehören auch die FDP-

Frauen: Nach drei Kurzzeit-Präsidenten muss die Lösung diesmal «verhebä». Mehr noch: Es muss eine für alle Landesteile gute und beständige Lösung sein. Beschäftigen und beüben wir uns nicht länger selbst mit Struktur- und Strategiedebatten, sondern klären wir offene inhaltliche Positionen, legen wir ein verbindliches Parteiprogramm fest und konzentrieren wir uns fortan auf die Erreichung der gesteckten Ziele. Und zwar mit einem Mann an der Spitze, der integrierend und nicht polarisierend wirkt. Einem Präsidenten, der die Fähigkeit besitzt, die Partei konstant auf einem eigenständigen und unabhängigen Kurs zu steuern. Einem Visionär, der nicht im politischen Tagesgeschäft ertrinkt, sondern in grossen Zügen denkt und langfristige Pläne für kommende Generationen entwirft. Einem Leader, der es versteht, im entscheidenden Moment Koalitionen zu schmieden, um die Schweiz aus ihrem Reformstau herauszuführen. Einem Vorbild, das glaubwürdig und unabhängig politisiert und auch über die Parteigrenzen hinaus zu begeistern vermag.

Stärke durch Geschlossenheit

Dazu braucht es aber auch eine Mannschaft, die bereit ist, zusammenzuste-



Marianne Dürst

hen und im Team zu spielen. Sololäufer schaden der Partei enorm. Da helfen auch bemühte Rechtfertigungsfloskeln wie «Chance in der Kontroverse» nichts. Was die FDP braucht – und die FDP ist nicht einfach ein künstliches Gebilde, ein bloss durch Werbung geprägtes Label, sondern die FDP, das sind wir alle – was die FDP braucht, ist Stärke durch Geschlossenheit. Wir brauchen Frauen und Männer, die gewillt sind,

mit Engagement und Herzblut für die Werte der liberalen Gesellschaft einzustehen und auch für diese zu kämpfen. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die sich nicht dadurch zu profilieren suchen, indem sie sich in Opposition zur Partei begeben. Denn nur wenn alle am gleichen Strick ziehen, erlangen wir als Partei die nötige Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern. Wer sich mit den Prioritäten der Partei nicht identifizieren

Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71.160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion:

Nico Zila
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 07
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch



Edith Haller, Sekretärin der FDP des Kantons Aargau, und Petra Studer vom Generalsekretariat unterhielten sich beim Kaffee vor der Generalversammlung blendend.

kann, wer meint, nicht schweigen zu können und sogar glaubt, demokratisch gefasste Positionen bekämpfen zu müssen, der sollte seine Konsequenzen ziehen und sein Heil anderswo suchen.

Hinter dem neuen Präsidenten

Wer heute auch immer als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgeht, ob Georges Theiler oder Fulvio Pelli, es wird Erfreute und es wird Enttäuschte geben. Der neue Präsident ist aber auch auf die Unterstützung derjenigen angewiesen, deren Favorit er nicht war und deren Stimme er nicht erhalten hat. Ich bitte Sie: Stellen wir uns hinter den neuen Präsidenten – stellen wir uns nicht gegen ihn. Tragen wir alle mit dazu bei, dass der neue Präsident das Potenzial und die Stärke ausschöpfen kann, die in dieser Partei vorhanden sind. Alt Bundesrat Kaspar Villiger hat einmal gesagt: «Es gibt einen Markt für die Vernunft.» Ja, ich glaube, es gibt ihn in der Tat, diesen Markt für

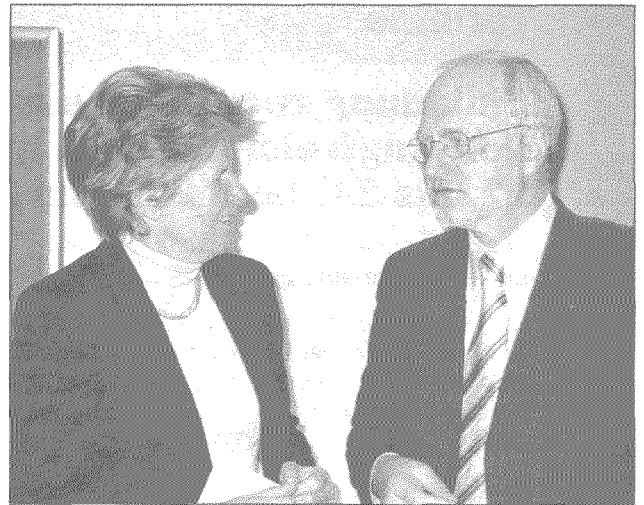
die Vernunft. Aber diesen werden wir uns nur dann wieder erschliessen können, wenn auch innerhalb der Partei Einsicht und Besonnenheit und nicht Flügelkämpfe herrschen.

Liberaler Prioritäten

Ich glaube an diese Partei. Ich glaube an uns. Die Trendwende ist möglich. Dies ist wohl eine der wenigen positiven Erkenntnisse der Wahlen in verschiedenen Kantonen. Die Trendwende ist zu schaffen. Aber nur, wenn man sich nicht einzig und allein auf Besitzstandwahrung und Machterhalt ausrichtet. Für eine Trendwende braucht es Mut. Mut zum Risiko. Mut zum Verzicht. Mut zur Lücke. Denn wir können es nicht immer allen Recht machen. Wir können nicht immer allen nach dem Maul reden. Vielmehr müssen wir Prioritäten nach liberalen Wertmassstäben setzen. Aber liberale Werte lassen sich nicht einzig und allein nach Heller und Pfennig, Franken und Rappen oder Euro und Cent bemessen. Zu den liberalen Prioritäten

gehören auch gesellschaftspolitische Werte wie etwa die stärkere und gezielt zu fördernde Partizipation von Frauen in der Politik und in der Wirtschaft.

Liberaler Werte dürfen auch etwas kosten. So sind Ausgaben für familienexterne Kinderbetreuung und Bildung auch wichtige Investitionen für Land und Leute. Nur so können wir eine effektive Chancengleichheit verwirklichen, Frauen langfristig in den Erwerbsprozess einbinden und so das Demographieproblem entschärfen. Es gilt, nicht nur die Senkung der Steuerbelastung zu erreichen, sondern auch den Umbau hin zu einer modernen Gesellschaft und – speziell bezogen auf die Steuern – hin zu einem gerechteren Steuersystem, ich denke hier an das unliberale Postulat der Einführung der Individualbesteuerung, an die Hand zu nehmen. Dies sind Mittel und Wege, um sicherzustellen, dass sich Leistung in der Schweiz wieder lohnt.»



Helen Leumann, Luzerner Ständerätin, begrüsst Georges Theiler, seines Zeichens Passivmitglied bei den FDP-Frauen.



FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst und die Zürcher Ständerätin Trix Heberlein im angeregten Gespräch.

Erfolg und Niederlage

«Ein wirklich erfolgreicher Mann ist jener,
der mehr verdient, als seine Frau ausgeben kann.

Eine wirklich erfolgreiche Frau ist jene,
die einen solchen Mann findet.»

Françoise Sagan, französische Schriftstellerin (1935–2004)

Termine

Einladung zum Kongress der jungfreisinnigen schweiz vom 22. bis 24. April 2005 im Kanton Uri

Liebe Jungfreisinnige

Es freut uns Urner Jungfreisinnige sehr, dass wir euch für den diesjährigen Kongress der jungfreisinnigen schweiz (jfs) in unseren Kanton einladen dürfen. Vom 22. bis 24. April 2005 bieten wir euch ein interessantes und abwechslungsreiches Programm in (Urner) Berg und Tal.

Zu unseren Gästen dürfen wir auch eine Delegation aus Estland zählen, mit welchen wir uns im Rahmen eines Twinning Project austauschen, um uns gegenseitig besser kennen zu lernen und um neue politische Ideen aufzunehmen. Bereits am Freitagnachmittag habt ihr die Möglichkeit, zusammen mit dieser Delegation an einem Workshop teilzunehmen.

Einchecken könnt ihr aber auch am Freitagabend, um mit uns einen gemütlichen Abend mit Urner Nachtleben zu verbringen.

Am Samstagmorgen steht ein Ausflug ins Isenthal mit Brunch auf dem Berg auf dem Programm. Danach sind neue Teilnehmer wieder herzlich willkommen. Am Samstagnachmittag debattieren Urner Persönlichkeiten an einer Podiumsdiskussion zum Thema «Stadt und Land». Der Abend wird wiederum der Geselligkeit gewidmet. Ein historischer Rundgang durch den Kantonshauptort Altdorf, ein Apéro im Rebberg, Nachtessen und ein Fest der besonderen Art schaffen den idealen Rahmen.

Am Sonntagmorgen werden wiederum neue Teilnehmer empfangen. Der statutarische Teil bildet traditionsgemäss den Abschluss des Kongresses.

Danach – so hoffen wir – entlassen wir euch um viele Erlebnisse reicher zurück in euren Alltag.

Mit jungfreisinnigen Grüssen

Für das OK Kongress 2005

Sandra Kumin, Präsidentin jfur

Programm des Kongresses

Wann	Was	Wo
Freitag		
Ab 15.00 Uhr	Seminar mit den estnischen Jungliberalen zu aktuellen politischen Fragen	Treffpunkt: Tellspielhaus; Veranstaltungsort noch offen
18.30 bis 19.45 Uhr	Eintreffen der Teilnehmer	Tellspielhaus/Theater Uri, Altdorf
anschliessend	Hotelbezug (Shuttlebus)	Jeweilige Unterkunft
20.00 Uhr	Begrüssung und Apéro	Historisches Museum
anschliessend	Ausgang	Altdorf
Samstag		
9.00 Uhr	Abfahrt Bus Richtung Isenthal	Theater Uri
10.30 Uhr	Brunch	Restaurant Gitschenen
anschliessend	Abmarsch/Abfahrt nach St. Jakob, Rückfahrt nach Altdorf	
14.00 bis 14.45 Uhr	Eintreffen der neuen Teilnehmer	Theater Uri
15.00 Uhr	Podiumsdiskussion	Hotel Goldener Schlüssel
17.00 Uhr	Geführter Rundgang durch Altdorf	Theater Uri
18.30 Uhr	Apéro	Rebstöcke Altdorf
19.30 Uhr	Abendessen	Restaurant Höfli
im Verlaufe des Abends	Event «Bärty und Bärty»	Restaurant Höfli
Ab 22.30 Uhr	Ausgang	Altdorf
Nacht	Theaterfest 05	Theater Uri
Sonntag		
8.00 bis 10.00 Uhr	Frühstück und Auschecken	Jeweilige Unterkunft
9.30 Uhr	Eintreffen der neuen Teilnehmer	Theater Uri
10.30 Uhr	Beginn Kongress, 1. Teil	Hotel Goldener Schlüssel
13.00 Uhr	Imbiss	Theater Uri
14.00 Uhr	Beginn Kongress, 2. Teil	Hotel Goldener Schlüssel
ca. 16.00 Uhr	Ende des Kongresses	Hotel Goldener Schlüssel

Wichtige Informationen

Anmeldeschluss ist am Donnerstag, 31. März 2005.

Ausnahme: Für jene, die sich ausschliesslich für den statutarischen Teil am Sonntag anmelden, gilt Freitag, 15. April 2005, als letzter Anmeldetermin.

Die Anmeldung ist verbindlich! Es werden keine Anmeldebestätigungen verschickt.

Abmeldungen werden ab 8. April 2005 in Rechnung gestellt. Wir bitten dafür um Verständnis.

Bitte bezahlt die Übernachtungs- und Kongresskosten bis 8. April auf folgendes Bankkonto: 170816-0220 (Urnner Kantonalbank, Clearingnummer 785) ein.

Bezüglich der Übernachtungsmöglichkeiten bitten wir euch, Folgendes zu beachten:

- Die Massenunterkunft, eine Zivilschutzanlage, ist einfach und die Mitnahme eines Schlafsacks wird empfohlen.

- Die Preise für die Einzel- bzw. Mehrbettzimmer sind tief. Dafür ist es uns nicht möglich, auf sämtliche Wünsche Eurerseits einzugehen. Das bedeutet, dass wir die Einteilung der Plätze in den Mehrbettzimmern vornehmen. Ist eine Zimmerkategorie ausgebucht, erfolgt automatisch die Einteilung in die nächst tiefere Kategorie.

Wir empfehlen, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Es gibt aber auch kostenlose und günstige Parkmöglichkeiten (siehe Webseite).

Bei Fragen stehen wir euch unter der E-Mail-Adresse info@jfur.ch zur Verfügung.

Anmeldung jfs-Kongress 2005

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Kanton: _____

Tel./Handy: _____

E-Mail: _____

Teilnahme

- Freitag, 22. April 2005, Nachmittag: Spezialprogramm Estland-Gäste (ab 15 h)
- Freitag, 22. April 2005, Abendprogramm (ab 18.30 h)
- Samstag, 23. April 2005, Nachmittag/Abend (ab 14 h)
- Sonntag, 24. April 2005, ganzer Tag (bis ca. 16 h)

Übernachtung

- keine Übernachtung
- Einzelzimmer (Fr. 80.-/Nacht)
- Mehrbett-Zimmer (Fr. 50.-/Nacht)
- Massenunterkunft (Fr. 25.-/ Nacht)

Verpflegung

- Ich wünsche vegetarische Verpflegung.

Bemerkungen:

Ort/Datum: _____

Unterschrift: _____

Teilnahmekosten:

- Freitag bis Sonntag: Fr. 90.-
- Samstag bis Sonntag: Fr. 70.-
- Nur Sonntag: Fr. 25.-

Anmeldung bis spätestens Donnerstag, 31. März 2005, an: jungfreisinnige uri, Sandra Kümin, Mattenweg 13, 6467 Schattdorf, oder online unter www.jfur.ch.

Rückblick auf die Grossratswahlen im Aargau

Die Aargauer Jungfreisinnigen haben den Wahlkampf mit 20 motivierten Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der FDP bestritten. Mangels (positiver) Überraschungen fällt die Bilanz gemischt aus.

Von **Reto Müller**, Präsident Junge FDP Aargau,
Münchwilen AG

Zwar wird die JFDP weiterhin nicht im Aargauer Parlament vertreten sein, doch ist es ihr gelungen, mit konkreten Vorschlägen in Fragen der

Inneren Sicherheit sowie der Bildungs- und Wirtschaftspolitik medial wahrgenommen zu werden. Unter anderem bei Podiumsdiskussionen an verschiedenen Schulen konnten die Jungfreisinnigen ihre Positionen mit stichhaltigen Argumenten gegen die gleichaltrige Konkurrenz verteidigen.

Erfreulich ist die grosse Kreativität der Kandidierenden, welche von der Gestaltung von Websites über das Basteln eigener Kandelaberplakate bis zu Wahl-Orangensaft und Standaktionen gereicht hat. Die JFDP will auch nach den Wahlen präsent bleiben und verstärkt auf die jungen Leute zugehen. Zudem hat die Suche nach Köpfen für die nächsten Wahlen bereits begonnen...

Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte und Umwelt

Am 26. Oktober 2004 wurden die bilateralen Abkommen II mit der EU in Luxemburg unterzeichnet. Sie wurden in der vergangenen Wintersession vom Parlament genehmigt. In einer Serie stellt der

«Freisinn» die neun Abkommen vor. In dieser Ausgabe finden Sie Erläuterungen zu den Dossiers «Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte» und «Umwelt».

Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte

Die Neuerungen in Kürze

- Die bisherigen Preisausgleichsmassnahmen zwischen der Schweiz und der EU im Bereich der verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte (z. B. Teigwaren, Schokolade, Biskuits) waren auf die Preise der Rohwaren am Weltmarkt ausgerichtet. Dieser rechnerische «Umweg» wird eliminiert und durch Kompensationen über Ausfuhrbeiträge und Importabgaben ersetzt, die sich an den tatsächlichen Marktpreisen in der Schweiz und in der EU orientieren.
- Die EU gewährleistet dank dem neuen Berechnungssystem die zollfreie Einfuhr von Schweizer Produkten, da die Schweizer Agrarpreise durchwegs über EU-Niveau liegen.
- Beide Seiten können Ausfuhrbeiträge einsparen. Insbesondere der «direkte Budgettransfer», mit dem ein Teil der Ausfuhrbeiträge auf der anderen Seite der Grenze mit Zöllen gleich wieder abgeschöpft wird, kann vermieden werden.
- Die Menge der durch die Schweiz verbilligten Rohwaren kann mit dem Einsatz des gleichen Betrags im Vergleich zu früher vergrössert werden. Dadurch entgeht die Schweiz einem Konflikt mit WTO-Verpflichtungen, die sie in der Uruguay-Runde eingegangen ist.
- Für Zucker, Röstkaffee, löslichen Kaffee, Spirituosen, Hefe, Essig und weitere Produkte wird zwischen der Schweiz und der EU der gegenseitige Freihandel eingeführt.

Zusammenfassung:

Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU von 1972 führte für Industrieprodukte den vollständigen Freihandel ein. Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte wurden zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft von dieser Regelung insofern ausgenommen, als dass die Schweiz Preisunterschiede in den Rohwaren durch Exportsubventionen und Zölle ausgleichen darf. Diese Regelung soll beibehalten werden, wird mit diesem Abkommen aber auf eine einfachere und effizientere rechnerische Grundlage gestellt.

Die Ausweitung der Zollfreiheit auf eine Reihe von neuen Produkten ermöglicht Schweizer Unternehmen einen besseren Zugang zum europäischen Markt und lässt im Gegenzug Preissenkungen für Importprodukte erwarten.

Quelle: economiesuisse: Dossierpolitik, 1. 11. 2004

Umwelt

Die wichtigen Neuerungen in Kürze

- Die Schweiz tritt der Europäischen Umweltagentur (EUA) in Kopenhagen und dem Umweltbeobachtungsnetzwerk (EIONET) bei. Eine informelle Zusammenarbeit mit der EUA existierte seit 1993, seit 2002 hat die Schweiz Beobachterstatus.
- Der Beitrag der Schweiz an die EUA beträgt jährlich rund 1,8 Mio. Franken. Dafür nimmt die Schweiz im Steuerungsorgan Einsitz (allerdings als Nicht-EU-Mitglied ohne Stimmrecht) und kann an allen Programmen und Studien der Agentur teilnehmen.
- Die Schweizer Wirtschaft geniesst Zugang zu den öffentlich ausgeschrieben Studien und Projekten der EUA.
- Der Schweiz stehen bessere und umfangreichere Informationen für umweltpolitische Entscheidungen zur Verfügung.

Zusammenfassung:

Mit dem Vollbeitritt zur Europäischen Umweltagentur gibt die Schweiz ein Bekenntnis zur internationalen Mitarbeit bei der Lösung von Umweltfragen ab. Die Schweiz erhält Zugang zu einer Fülle an Umweltdaten aus den angeschlossenen 31 Ländern und kann ihre Prioritäten betreffend zukünftiger Projekte direkt in den Verwaltungsrat der EUA einbringen. In diesem Gremium wird die Schweiz als Nichtmitglied der EU kein Stimmrecht haben, was allerdings angesichts der Bedeutung des Konsensverfahrens bei der Beschlussfassung nicht von herausragender Wichtigkeit ist.

Quelle: economiesuisse: Dossierpolitik, 15. 11. 2004

Starker Grundsatz der freisinnigen Politik

Vierfach-Duzis nach allen Seiten			alter Löchliausweis im Zug und Bus	wohnt im germanischen Götterhimmel	kurvt noch auf Schienen durch Städte	Frauenname	jene der Schweizerischen FDP erfolgte um 1894	setzt Bambis in Frühlingswiesen	Boulevardpressestoff leer und verlassen
		bewilligt Bauten nur mit Formularen		Wollknäuel zur Lismete Streit der Völker	1			ex officio Gründungsstadt der FDP CH	2
der Bäcker in London finanziell gute Lage	4					Abkommenshauptstadt	bringt CH-Gletscherwasser ins Mittelmeer		
glaubhaft Schengen kann ihn fördern	13			Abschiedsgruss englisch schleichen	5			Kunstdroge aus dem Mutterkorn	3
die Sache hat doch einen, sagte der Fisch							der Hof um Sonne und Mond	Tantal bei Chemikern FDP-Vizepräsident	6
10							der schöne Jüngling bei alten Griechen		
liegt hinten im Saastal kurze Strasse			9	Steinegers Kanton a. Gott-hardweg		eiskalte Häuschen edler Rheinisch		17	opere citato, im angegebenen Werk
Mutters Geliebter		südamerik. Specht drei für Fulvio Pelli				18	eins für Bush Heiss- und Kaltgetränk	Hauptstadt zwischen Anden und Pazifik	Name für elf uralte Aegypter
7				Fussgängerbrücke		Donar, der grollende Germanengott	vokalisiertes Gras Schweizer Eisbein		
nur eine kleine Nummer		vorn fern sei es herzlich gegrüsst		liegt in Luxemburg u. bilateralen Abkommen			wo Pelli Salami und Merlot geniessst	bunter Rätselpapagei alter Ergänzungskurs	
		8		winzig und geringfügig im Fremdwort			11		Robinsons Rettung
hier fliesst ein ganz besonderer Saft		Vorwort mit Akkusativ du kennst d. Schützen		Wasserstoffoxyd Sprosse d. Tonleiter		14	hier gibts Eisbären, aber keine Pinguine		
F		Zahl, die in einer grösseren enthalten ist					englischer Startruf latein. Löwe oder Papst	kopflöse Erdbombe einst Teil d. CH-Armee	
D		der Aetna in Sizilien Kästners Initialen	16		Bundesratspartei	Ernst, der Erfinder der Plakatsäule		12	
P E L L I				ein Stück CH-Grenze im Westen und Osten			Erdumdrehungen in 24 Stunden		19
es wurde in Kyoto unterzeichnet						15			

Bereiten Sie sich mit dem «Freisinn» jetzt schon auf Ihre Sommerferien vor. Gewinnen Sie unsere nützlichen Reiseaccessoires für Stilbewusste und eine süsse Überraschung für unterwegs!

1. Preis

Ein FDP-Portefeuille, eine FDP-Sicherheitsweste und ein Kilo FDP-Schoggi für Ihre Reise in den Süden.

2. und 3. Preis

Je nach Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte.

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 11. April 2005 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
z. Hd. Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Partnerschaftsgesetz: Replik auf Leserbrief im «Freisinn» Nr. 2/2005

Sehr geehrter Herr Marti

In Ihrem Leserbrief im letzten «Freisinn» schreiben Sie, unter anderem mit der Unterstützung des Partnerschaftsgesetzes dokumentiere die FDP ein «höchst fragwürdiges Verständnis von liberaler und offener Politik». Vielmehr manifestiere sich darin «die schlechende Abkehr von bürgerlichen, ja sogar von ethisch-moralischen Werten». Es würde mich sehr interessieren, worin Sie bei der Unterstützung des Partnerschaftsgesetzes eine Verletzung bürgerlicher und ethisch-moralischer Werte erkennen. Aus dem weiteren Kontext Ihres Leserbriefes gehe ich davon aus, dass Sie den Eindruck haben, mit dem Partnerschaftsgesetz würden die Institutionen der Ehe und der Familie entwertet und verletzt. Nun will aber das Partnerschaftsgesetz in keiner Art und Weise an der Institution der Familie rütteln. Es geht ja vielmehr darum, denjenigen Personen die Möglichkeit einer rechtlich geregelten Lebensform zu ermöglichen, die nie dazu kämen, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Wir sehen nicht ein, wieso die Einräumung des gegenseitigen Erbrechts, die Verbesserungen im sozialversicherungsrechtlichen Bereich, im Haftungsrecht usw. eine Gefährdung der Familie darstellen sollten. Im Übrigen haben wir, das heisst unsere Fraktion, einstimmig die Zulassung der eingetra-

genen Partnerschaft zur Adoption oder zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren abgelehnt. Wir sind einhellig der Auffassung, dass Kinder mit Vater und Mutter aufwachsen sollten und nicht mit zwei Männern oder zwei Frauen. Das liberale Element an der ganzen Vorlage besteht unseres Erachtens darin, dass man gleichgeschlechtlichen Menschen eine Gelegenheit bietet, ihr Zusammenleben rechtlich zu regeln. Zu einer anderen Lebensform als derjenigen des gleichgeschlechtlichen Zusammenlebens können und wollen wir diese Menschen ja nicht zwingen. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass es in anderen Rechtsgebieten Benachteiligungen der Ehe gegenüber dem Konkubinat und andere ehehemmende Benachteiligungen gibt. Das soll uns aber nicht daran hindern, nun in dieser spezifischen Frage der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Verbesserungen vorzunehmen. Ich danke Ihnen für das Gespräch und bin sehr gerne bereit, es noch weiterzuführen.

Kurt Fluri,
4500 Solothurn,
Stadtpräsident und
Nationalrat

Fachtagung «Staat und Religion»



Am Samstag, 21. Mai 2005, führt die FDP Schweiz in Bern eine Fachtagung zum Thema «Staat und Religion» durch. Reservieren Sie sich diesen Termin frühzeitig und beteiligen Sie sich an der aktuellen Diskussion!

Flagge für die FDP zeigen



PARTEIFRUEHLING lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 23. Februar. Genau 200 Leserinnen und Leser liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Doris Wobmann, politische Sekretärin der FDP Schweiz, die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner:

1. Preis eine FDP-Fahne (2x2 m) für die Veranstaltungen der FDP Obersiggenthal

Frau Edith Aeschbach-Ruser, 5415 Nussbaumen AG

2. Preis ein FDP-Foulard

Frau Judith Hartmann, 5212 Hausen AG

3. Preis eine FDP-Krawatte

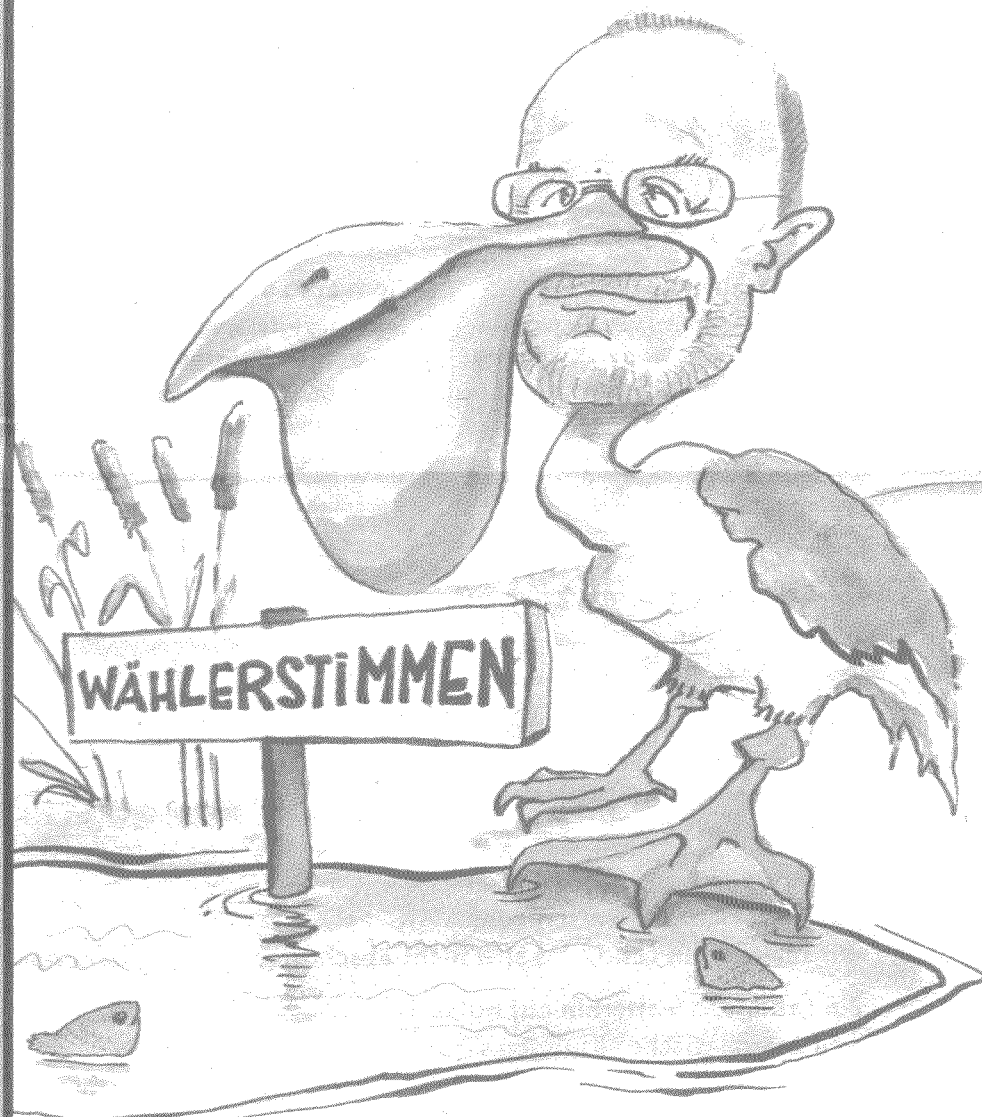
Herr Ulrich Sutter, 4565 Rechterswil SO

FDP und LPS bilden eine Union

Die FDP Schweiz und die Liberale Partei der Schweiz (LPS) arbeiten seit über einem Jahr im Bundeshaus in einer gemeinsamen Fraktion zusammen. Die Kantonalparteien haben ebenfalls erste gute Beziehungen aufbauen können – von der Koordination im politischen Tagesgeschäft bis hin zu Listenverbindungen bei kantonalen Wahlen und gemeinsamen Fraktionen in kantonalen Parlamenten.

Am Samstag, 25. Juni 2005, wird nun an der gemeinsamen Delegiertenversammlung in Neuenburg die Zusammenarbeit auch auf der schweizerischen Parteiebene auf eine solide Basis gestellt. Die Union der FDP und der Liberalen will die liberalen, fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz unter einem Dach vereinigen, um gegenüber linken und rechten Konservativen mehr Schlagkraft zu gewinnen. Nehmen auch Sie an diesem denkwürdigen Anlass teil!

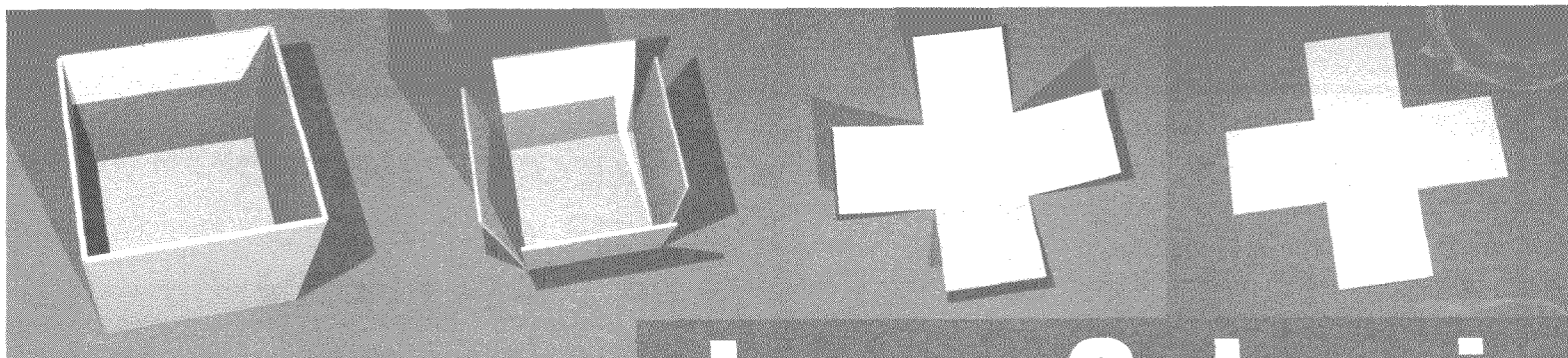
"ALS AUSGEZEICHNETER
FISCHER GILT DER ...
ÄH... PELLIKAN."



ATENS05

Karikatur Andreas Tons

Ein souveräner Entscheid.



Ja zur Schweiz

Ja zu den Bilateralen Abkommen

Der Volksauftrag

Im Jahr 2000 hat sich das Volk klar für den Bilateralen Weg entschieden: 67% der Schweizerinnen und Schweizer haben den Bilateralen Abkommen mit der EU zugestimmt. Diese Abkommen mit unserem wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner haben sich bewährt. Die Bilateralen sind für unser Land unverzichtbar.

Jetzt den Bilateralen Weg fortsetzen

Die Bilateralen Abkommen II liegen auf dem Tisch. Ebenso das Personenverkehrs-Abkommen mit den neuen EU-Ländern. Ohne die Erweiterung der Personenfreizügigkeit sind alle Bilateralen Abkommen I gefährdet.

Das Parlament hat entschieden:

Wir bleiben ein Land, das sich nicht abschottet.

Ein Land, das weiterhin auf nutzbringende und pragmatische Lösungen setzt.

Souverän verhandelt

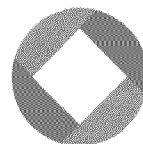
Unser Land hat klug verhandelt und viel erreicht. Die Interessen der Schweiz bleiben gewahrt. Die neuen Abkommen sind ein wichtiger Beitrag für Wachstum und Sicherheit. Es wäre ein grosser Fehler, die Verträge nun durch Fundamentalopposition aufs Spiel zu setzen.

Opposition ohne Alternative

Die Schweiz braucht die Bilateralen Abkommen, um die guten Beziehungen zur EU zu festigen. Die Verträge fördern wirtschaftliche Entwicklung und tragen damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Sozialwerke bei.

Das ist Souveränität.

FDP



Freisinnig-Demokratische Partei